Nr. 272 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 26. November 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Verständigung mit Litauen?

Die Versuche der polnischen Außenpolitik, eine Wilnafrage als nicht vorhanden zu erklären, haben Schiffbruch erlitten. Sie wird seitens der litauischen Regierung immer wieder aufgerollt und fängt an, auch den Großmächten lästig zu werden, die sich nun auf der kommenden Völkerbundsratstagung mit ihr beschäftigen müssen. Es bleibt dabei höchst gleichgültig, welche Form zur Erledigung gewählt wird. Man hat polnischerseits zu viel auf die Zuflüsterungen seitens Frankreichs und Englands gegeben und bezüglich des litauischen Ausgleichs nicht genügend entgegenkommend. Daß Polen eine Verständigung mit Litauen unter allen Umständen will, kann nicht bestritten werden, aber es ist leider nicht zu solchen Konzessionen brereit, daß man die litauischen Wünsche befriedigen könnte. Im Augenblick der litauischen Krise ist auch kaum anzunehmen, daß irgend eine polnische Regierung die litauischen Wünsche befriedigen kann, denn diese laufen auf eine Rückgewinnung des Wilnagebiets, eine Frage, über die es für Polen keinerlei Verhandlungen gibt.

Bekanntlich hat Litauen vor einigen Wochen an den Völkerbund einen Protest betreffend die Behandlung der litauischen Minderheiten in Polen gerichtet, der nunmehr auf der Tagesordnung der Völkerbundstagung im Dezember erscheint. Die Versuche der Großmächte, die Wilnafrage, wie sie im Zusammenhang mit dem litauischen Protest benannt wird, durch diplomatische Verhandlungen zu erledigen, sind unter dem russischen Druck auf Kowno gescheitert und russischerseits wird auch seit Wochen darauf verwiesen, daß Polen beabsichtigt, den ganzen litauischen Streit auf andere Weise zu regeln, indem man Polen unterschiebt, daß es Litauen kurzerhand annektieren will. Diese Meldungen sind übertrieben, wenn es auch in der polnischen Presse nicht an Stimmen fehlt, der polnischen Regierung eine solche Lösung des ganzen litauischen Streites zu empfehlen. Polens Minderheitenpolitik gegenüber der litauischen Bevölkerung wär keine glückliche, sie wurde aber angeblich von der Unterdrückung der polnischen Minderheit in Litauen diktiert. Wir wollen diese Frage nicht untersuchen, der litauische Protest gegen Polen ist aber von dem Wunsch getragen, mit der polnischen Regierung auch über Wilna zu sprechen. Litauen stützt sich hierbei auf russische Hilfe und da zur Abrüstungskonferenz auch die Russen in Genf zugegen sein werden, kann das Spiel höchst interessant werden.

Daß der Regierung dieser litauische Protest nicht gleichgültig ist, kann man verstehen und ganz überraschend haben sich nun unter Führung Pilsudskis die bedeutendsten Vertreter Polens in außenpolitischen Fragen in Wilna eingefunden, um eine Nachprüfung der Lage in Wilna vorzunehmen. Welches Resultat diese Nachprüfung zeitigen wird, ist nicht zu übersehen, da über die Pilsudskischen Wilnabesprechungen keinerlei amtliche Erklärungen vorliegen. Aber die Anwesenheit des polnischen Gesandten aus Lettland und Moskau, sowie des Außenministers und des Direktors des Außenministeriums, lassen darauf schließen, daß die Besprechungen sehr ernster Natur sind und nicht zuletzt auf die Haltung Rußlands zurückzuführen sind. Patek. der polnische Gesandte in Moskau, hat immer wieder versichert, daß die polnisch-russischen Beziehungen eine gute Entwicklung nehmen. und nun stellt es sich heraus, daß sie eine bedeutende Trübung erfahren haben und zwar mit Rücksicht auf die eigentümliche Politik Polens gegenüber der Sowjetukraine, beziehungsweise der Unterstützung der ukrainischen Emigration. Nicht zuletzt die Erklärung der polnischen Vertreter auf den Emigrationskongressen gegen Litauen haben die Lage verschärft und hinzukam der Abschluß des lettischen Handelsabkommens und schließlich auch der Zollunion Lettlands mit Rußlands. Diese Schritte haben Polens baltische Politik brachgelegt und stellen eine Niederlage dar, die es zu beheben gilt. Die Besprechungen in Wilna waren also auch diesen Teilen gewidmet.

Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Pilsudski selbst nach Genf fahren wird, aber man wird nach Mitteln und Wegen suchen, um eine litauische Verständigung vorzubereiten und zu verhindern, daß demnächst auch Litauen in die russisch-lettische Zollunion einbezogen wird Gelänge dieser Schritt Rußland, so würde dies für Polen eine untragbare Last hinsichtlich seiner Wirtschaftspolitik bedeuten. Fraglich ist es nur, ob die litauischen Wünsche überhaupt durch irgendwelche Konzessionen befriedigt werden können. Ueber Wilna wird sich Polen kaum sprechen lassen, und selbst eine auf breiter Grundlage beruhende Autonomie ist heute bei der litauischen Agitation nicht gut möglich. Gewiß, in Kowno bereitet sich ein Umschwung bevor, innerhalb des Generalstabs sind Differenzen entstanden, die Militärs grollen, weil Woldemaras zur Lösung der innerpolitischen Konflikte und ihre außenpolitische Wirkung durch eine Koalitionsregierung zu beheben versucht. Wenn Polen etwa diese Anlässe benutzen will, um aus Litauens innerpolitischen Schwierigkeiten zur Verständigung mit Litauen zu gelangen so wird es wenig Erfolg haben. Aber es täte gut, es nicht auf eine Untersuchungskommission bezüglich der litauischen Minderheiten in Polen zu treiben, die vom Vökerbund geplant ist

—ll.

Nationale Einigung in Rumänien?

Vereidigung der neuen Regierung — Keine Rückkehr Carols — Verhandlungen mit der Opposition

Bukarest. Die neue Regierung mit Ventila Bratianu an der Spitze hat dem Regentschaftsrat den Eid abgelegt. Die neue Regierung hat eine Kundgebung an das rumänische Volk gerichtet, in der zur Aufrechterhaltung der Ruhe und zur Einigkeit aufgefordert wird.

Wie in politischen Kreisen verlautet, wurde der Vorsitz der Regierung zunächst dem Außenminister Titulescu angetragen, der jedoch mit Rücksicht auf seine Erkrankung ablehnte. Wie weiter erklärt wird, ist für die Ministerpräsidentschaft der jetzige Innen- und frühere Außenminister Duca in Aussicht genommen. Er soll auch der Vorsitzende der liberalen Partei werden. Der vorläufige Ministerpräsident Ventila Bratianu hat die Bildung einer nationalen Regierung vorgeschlagen. Falls die Bildung einer solchen Regierung gelingen sollte, schlägt er den Fürsten Stirbey als Ministerpräsidenten vor.

Nach seinem Empfang durch den Regentschaftsrat erklärte Dr. Maniu, der Vorsitzende der nationalen Bauernpartei den Pressevertretern gegenüber, der Regentschaftsrat habe sich dahin geäußert, daß die Regierung unter Vorsitz Ventila-Bratianus nur ein Provisorium sei. Der Regentschaftsrat empfehle die Bildung einer nationalen Regierung. Maniu habe darauf den Standpunkt seiner Partei in dieser Frage dem Regentschaftsrat auseinandergesetzt. Die nationale Bauernpartei sei unter folgenden Bedingungen geneigt, einer Koalition beizutreten:

1. Rückkehr zu ordnungsmäßigen Verhältnissen.
2. Freie Wahlen.
3. Bildung einer Regierung, die das Vertrauen des neu gewählten Parlamentes besitze.

Der außerordentliche Ministerrat, der Donnerstag mittag zusammen trat, hat beschlossen, im ganzen Lande Trauerfeierlichkeiten für Bratianu zu veranstalten. Der Leichnam wird in einem Festsaal des Atheneums aufgebahrt. Am Sonntag wird er nach Florica überführt.

*

Wien. Wie die Korrespondenz Herzog aus Bukarest erfährt, hat die neue Regierung die Opposition wissen lassen, daß sie in der Frage der Rückkehr des Prinzen Carol auf demselben Standpunkt stehe, wie der verstorbene Bratianu und alle Mittel ergreifen werde, um jeden Versuch des Prinzen Carol, nach Rumänien zurückzukehren, und Unruhen zu stiften mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhinderr wissen werde.

Wie aus Belgrad und Budapest gemeldet wird, waren seit gestern nachmittag alle Verbindungen mit Rumänien, sowohl über Ungarn als auch über Jugoslawien unmöglich, weil angeblich Störungen der Leitungen eingetreten waren.

Verhandlungen Bratianus mit den Oppositionsführern

Bukarest. Ministerpräsident Vintila Bratianu ist bereits im Laufe des gestrigen Tages mit den Führern der Opposition in Verbindung getreten. Als erster wurde der Führer der nationalen Bauernpartei Maniu empfangen. Die Unterredung dauerte 40 Minuten. Im Verlauf der Unterredung forderte Vintila Bratianu, Maniu zu einer Zusammenarbeit auf, ohne jedoch konkrete Vorschläge zu machen. Maniu antwortete, daß er zunächst den Exekutivausschuß der Partei um seine Meinung befragen müsse. Anschließend fand eine Zusammenkunft zwischen Bratianu und General Averescu statt. In maßgebenden politischen Kreisen wird angenommen, daß Averescu dem Ministerpräsident die Unterstützung der Volkspartei unter bestimmten Bedingungen in Aussicht gestellt habe.

Die russischen Bestrebungen in Genf

London. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, daß Litwinow bei seinen Bestrebungen während der Genfer Verhandlungen in direkte Fühlung mit dem Außenminister Chamberlain zu gelangen, offenbar auf die Unterstützung Dr. Stresemanns und vielleicht auch Briands rechne, da Briand alles getan hätte, um einen Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Paris zu vermeiden und Dr. Stresemann bestrebt gewesen sei, eine Brücke zwischen London und Moskau zu bauen. Es könne aber durchaus möglich sein, daß Litwinow sich Illusionen über die Haltung Stresemanns hingebe. In jedem Falle werde der Versuch einer dritten Macht, ob es Deutschland oder irgend ein anderer Staat sei, in der Frage der russisch-englischen Beziehungen einen Einfluß auf Großbritannien auszuüben, in London zurückgewiesen werden, wenn dieser Versuch nicht ganz uneigennützigen Motiven entspringe. Diese Art der Vermittlung sei selten und gegenwärtig gar nicht willkommen. Weiter deutet der Korrespondent an, daß evtl. Bemühungen Dr. Stresemanns über eine Einigung zwischen Moskau und London nur von der Sorge für die Neuzufuhr englischer Kredite für das deutsch-russische Geschäft diktiert sei. Ueber die Haltung der Sowjetdelegation erklärt der Korrespondent, daß Litwinow die deutsche Auffassung hinsichtlich der Abrüstungsfrage unterstützen und der deutschen Delegation einen Teil ihrer unerquicklichen Aufgabe abnehmen werde. Für die deutsche These lasse sich manches sagen, noch mehr aber, gegen die französische Auffassung.

Der „Daily Telegraph“ sucht die bevorstehenden Genfer Verhandlungen so kompliziert als möglich hinzustellen, augenscheinlich um den klar zum Ausdruck gebrachten deutschen Vorschlag, die Verhandlung nicht auf die Einsetzung des Sicherheitskomitees zu beschränken, sondern die Frage der Abrüstung zu behandeln, als unzweckmäßig hinzustellen. Die Aeußerungen des „Daily Telegraph“ an die deutsche Adresse dürften jedoch wenig ernst genommen werden, da sie bekanntlich auf falschen Voraussetzungen beruhen.

Ein neuer Großmächteschritt in Kowno

Kowno. Wie verlautet, sollen neuerdings der englische, französische und italienische Gesandte bei Woldemaras wieder Vorstellungen erhoben haben, zwecks Beilegung des litauisch-polnischen Konfliktes. Eine offizielle Bestätigung bleibt abzuwarten.

Der Obregon-Attentäter hingerichtet

London. Nach Meldungen aus Mexiko-City sind dort die an dem Attentat auf den früheren mexikanischen Präsidenten, General Obregon, beteiligten vier Personen im Hofe des Polizeigefängnisses hingerichtet worden. Vor dem Gefängnis hatte sich bereits lange vor der Hinrichtung eine große Menschenmenge angesammelt, die durch berittene Polizei in Ordnung gehalten wurde. Die Verurteilten wurden nacheinander von einer Abteilung von 20 Mann erschossen, zuletzt der bei der polizeilichen Verfolgung kurz nach dem Attentat schwer verwundete Antonio Tirado. Die Polizei betont, daß alle vier ihre Beteiligung an dem Komplott zugegeben hätten.

Kommunistendemonstration in New York

Neuyork. Im Zusammenhang mit den Vorgängen in Colorado demonstrierten hier Donnerstag eine Gruppe von Kommunisten. Zwischen den Demonstranten und den Straßenpassanten kam es zu einer Schlägerei. Die Polizei schritt ein und verhaftete vier Kommunisten, darunter zwei Frauen.

Rauscher und Jackowski wieder in Warschau

Warschau. Der deutsche Gesandte Rauscher und Direktor Jackowski sind Donnerstag in Warschau eingetroffen. Gleichzeitig sind die Herren des deutschen Arbeitsministeriums Weigert und Beisiegel in Warschau angekommen, um das polnisch-deutsche Abkommen über die Saisonarbeiter zu unterzeichnen.

Zusammenstöße bei franzosenfreundlichen Kundgebungen in Belgrad

Belgrad. In der hiesigen Universität fand anläßlich der Unterzeichnung des französisch-südslawischen Freundschaftsvertrages eine Feier statt, auf der Vorträge über die kulturelleen Beziehungen zwischen Frankreich und Südslawien gehalten wurden. Im Anschluß an die Feier kam es zu Studentenkundgebungen für Frankreich. Von der Polizei waren umfassende Maßnahmen getroffen, um etwaige antiitalienische Kundgebungen zu verhindern. Als größere Ansammlungen von Demonstranten von der Polizei zerstreut wurden, kam es zu Zusammenstößen, in deren Verlauf die Fensterscheiben mehrerer Geschäftsläden eingeschlagen wurden. Einige Studenten wurden verhaftet

Ministerpräsident Bratianu gestorben

Bukarest. Ministerpräsident Bratianu ist Donnerstag morgens gegen 5 Uhr gestorben.

Der verstorbene rumänische Ministerpräsident Jan J. C. Bratianu wurde 1864 als Sohn des 1891 verstorbenen rumänischen Staatsmannes Joan Bratianu geboren. Dem Vater Bratianu, der von 1876 bis 1888 mit kurzen Unterbrechungen Ministerpräsident war, verdankt Rumänien die Unabhängigkeit, die Königswürde und einen glänzenden wirtschaftlichen Aufschwung. Dem Sohn Bratianu verdankt das Land die Entwicklung zum Großrumänien. Seit 1895 Abgeordneter wurde Bratianu der Jüngere 1897 Minister des Innern. 1910 übernahm er die Leitung der liberalen Partei und wurde gleichzeitig Ministerpräsident. Als solcher erwarb er im Jahre 1913 von Bulgarien die Dobrutscha. Beim Ausbruch des Weltkrieges setzte Bratianu gegenüber dem König Carol, der an der Seite der Zentralmächte in den Krieg eintreten wollte, zunächst die Neutralität für Rumänien durch. Seine Politik führte dann am 27. August 1916 zum Eintritt Rumäniens in den Krieg an der Seite der Alliierten. Die anfängliche völlige Niederwerfung Rumäniens durch die Mittelmächte, führte schließlich doch durch deren Zusammenbruch zu einem Triumph der Bratianuschen Politik. Rumänien wurde zirka um das doppelte vergrößert. Da Bratianu aber nicht alle Forderungen durchsetzen konnte, trat er im Dezember 1919 zurück. Nachdem das Kabinett Take Jonescu im Januar 1922 unterlegen war, bildete Bratianu auf Grund von Neuwahlen die seiner Partei eine überwältigende Mehrheit gaben, ein neues Kabinett. Er setzte nun eine Neugestaltung der Argrarverfassung, der Verwaltung, sowie der Finanz-, Steuer- und Unterrichtsgesetzgebung durch. Im März 1926 machte Bratianu einem Kabinett Averescus Platz. Anscheinend hat dabei die Affäre des Kronprinzen Carol eine entscheidende Rolle gespielt. Averescu, der sich nur als Platzhalter für Bratianu erwies, machte schon im Juni 1927 dem Prinzen Stirbey Platz, der im Einvernehmen mit dem König Ferdinand versuchte, die Macht Bratianus zu brechen, aber schon nach wenigen Wochen scheiterte. Der sterbende König berief daher Bratianu erneut zur Kabinettsbildung. Der bald darauf erfolgte Tod des Königs und die Einsetzung des neuen Königs Michael konnten das Kabinett Bratianus nicht erschüttern. In aller Gedächtnis stehen noch die Bemühungen der Anhänger des Exkronprinzen Carols, einen Sturz Bratianus herbeizuführen, um den Exkronprinzen auf den Thron zu setzen.

Auslandskapital und die Revaler Krise

Von deutsch-baltischer Seite wird uns geschrieben: Die estländische Regierung Tennant ist über die Abstimmung zur Einrichtung einer Hypothekenbank, der vorzugsweise die Verwaltung der kürzlich Estland gewährten englisch-amerikanischen Kredite übertragen werden sollte, zu Fall gekommen. Für die Regierungsvorlage über die Bankgründung stimmten nur 38, dagegen 43 Abgeordnete. Die Kritik der Opposition war recht begründet, da das Statut der neuen Bank, das der Kammer vorgelegt wurde, in derart unpräziser Form ausgearbeitet worden war, daß sich die Rechte und Pflichten nicht begrenzen ließen. So sollte die Bank z. B. Darlehen auf Pfandbriefe zu 6 Prozent erteilen, wobei sie selbst den Geldgebern 8½ Prozent zahlen mußte. 200 Millionen Esti-Mark sollten sofort in diese verlustreichen Operationen investiert werden und der Rest der Anleihe von 300 Millionen, sollte gleichfalls für landwirtschaftliche Zwecke bereitgehalten werden. Die in Estland in Schwierigkeiten geratene Industrie, wie z. B. die bedeutenden Werke von Asserin und Turgel, die langfristiger Kredite bedürfen, um sich über Wasser halten zu können, konnten demnach auf keine Unterstützung durch die zu gründende Hypothekenbank rechnen, aus der man gleichzeitig eine Kommerz- und eine Emissionsbank machen wollte. Der deutsche Abg. Hasselblatt glaubte denn auch in seiner Rede, die er vor der verhängnisvollen Abstimmung an den Finanzminister Sepp richtete, bemerken zu müssen, daß seiner Ansicht nach die Gründung der Hypothekenbank zur allgemeinen Korruption zu führen drohe.

Es ist beachtenswert, daß gerade die Ansiedlerpartei gegen die Regierungsvorlage stimmte und sie zu Fall brachte, denn gerade den Siedlern, sofern sie wirtschaftlich genügend erstarkt waren, mußten die Agrarkredite Nutzen bringen. Ihre Stimmenabgabe liefert den Beweis, daß nur wenige unter ihnen hoffen konnten, Unterstützungen durch die Bank zu erhalten, deren Kredite hauptsächlich den großen Bauernwirtschaften zugute gekommen wären. Die entschädigungslose Aufteilung der Güter und die Parzellierung in kleine Wirtschaften, die den Ansiedlern überlassen wurden, hat manche dieser neuen Kleinwirte in ernste Bedrängnis gebracht und sie verschulden lassen. Es fehlte ihnen das notwendige Betriebskapital und ihre Wirtschaften gerieteten in Verfall. Die Ausgabe von Pfandbriefen konnte also nicht ihnen zugute kommen und daher erklärt sich ihre Opposition. Die neue estländische Regierung, die sich voraussichtlich mit Hilfe der bisher oppositionellen Linksparteien und Ansiedler zusammensetzen wird, wird nun über das weitere Schicksal der von England und Amerika gewährten Kredite zu entscheiden haben, deren Estland dringend bedarf, um seine Währung, seine Industrie und seine Landwirtschaft zu sanieren. Ein gewichtigtes Wort werden dabei die ausländischen Geldgeber mitzureden haben, die vor allem Sicherheiten für ihr Kapital und Gewährleistung der Zinsen fordern werden. Diesen Richtlinien wird sich auch die neue Regierung zu unterwerfen haben, so daß ihr zu eventuellen radikalen Experimenten kein Spielraum übrig bleiben wird.

Macdonald gegen Chamberlain

London. Der Friedens- und Abrüstungsdebatte lag ein Antrag der Arbeiterpartei zugrunde, der den militärischen Charakter der britischen Delegation für die Genfer Flottenabrüstungskonferenz die mangelnde Bereitwilligkeit der britischen Regierung für die Sicherung des Friedens oblag und die Ausarbeitung eines umfassenden Themas für die Sicherung des internationalen Friedens fordert.

In Begründung der arbeiterparteilichen Entschließung führte Macdonald aus, daß Großbritannien durch jenen Friedensvertrag, den es im Jahre 1919 unterzeichnete, sich verpflichtet habe,

für Frieden und Abrüstung zu arbeiten.

Das Unterhaus richte an die Regierung die Aufforderung, den unzweideutigen Willen des Landes zu respektieren und so schnell als möglich für die allgemeine Durchführung von Abrüstungs-, Schiedsgerichtsbarkeit und internationale Sicherheit zu sorgen. Unter Bezugnahme auf die von der Völkerbundsversammlung angenommene Entschließung gegen einen Angriffskrieg richtete Macdonald an den Außenminister das Ersuchen, den Begriff zu definieren. Soviel ihm bekannt sei, sei es die Absicht der Verfasser der Genfer Entschließung gewesen,

den Krieg als ein internationales Verbrechen zu erklären

und den Artikel 16 des Völkerbundsstatutes entsprechend zu erdenken. An den Außenminister müsse die Frage gerichtet werden, ob er mit der Bezeichnung des Angriffskrieges als ein internationales Verbrechen eine Meinung über den Begriff „Angriff" ausdrücken wollte, oder ob diese Worte nur als eine Phrase benutzt worden seien, um die Schwierigkeiten im Völkerbundsrat zu überwinden und die Welt glauben zu machen, daß irgend etwas getan werde. Unter Bezugnahme auf die Flottenabrüstungskonferenz in Genf gab Macdonald dem Bedauern darüber Ausdruck, weder die amerikanische noch die britische Delegation mit offenen Karten spielte. Jedes Uebereinkommen mit Amerika sei besser als kein Abkommen über die Flottenrüstungen. Die Genfer Flottenkonferenz sei in Wirklichkeit nicht eine Zusammenkunft zur Besprechung der Möglichkeit für die Abrüstung gewesen sondern eine Versammlung zur Definierung der Rüstungen.

Macdonald richtete an den Außenminister sodann die Frage, ob er einen Weg gefunden habe, um die Abrüstungsfrage und die Friedenspolitik zu fördern. Die Redewendungen des Außenministers auf der letzten Völkerbundstagung über den bevorzugten Platz des britischen Ministeriums seien sehr unglücklich gewesen. Der Außenminster habe das britische Ministerium im Gegensatz zu dem Völkerbund gestellt. Das sei ein großer Fehler gewesen. Die Sicherung des Friedens sei vielleicht mit der Uebernahme neuer Risiken verbunden, aber der Außenminister selbst sei diesen Weg gegangen, als er den Locarnovertrag unterzeichnete. Alle Risiken im Zusammenhang mit der Sicherung des Friedens und der allgemeinen Abrüstung, so groß sie vielleicht auf dem Papiere sich ausnehmen, würden praktisch bedeutungslos sein, in dem Augenblick, in dem ein System der Friedenssicherung erreicht sei. Bevor aber Großbritannien vor dem internationalen Gerichtsweg stehe oder an einer internationalen Versammlung teilnehme, sollte es sich Gewißheit darüber verschaffen, was das britische Ministerium als ganzes zu tun bereit sei.

London. Im weiteren Verlauf seiner Rede im Unterhaus bedauerte Chamberlain, daß Macdonald nicht gesagt habe, wie weit er das Genfer Protokoll mit neuen Verpflichtungen für Großbritannien anzunehmen bereit sei und wie er diese Verpflichtungen halten wolle. Weiter habe es Macdonald unterlassen, zu erklären, ob mit der Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit mit oder ohne Sanktionen gemeint sei.

Lloyd George lehnte die Darlegungen des Außenministers zur Frage der Abrüstung als ungenügend ab und bezog sich auf eine Note der Alliierten an Deutschland, in der betont worden sei, daß die deutsche Abrüstung den ersten Schritt für die allgemeine Begrenzung der Rüstungen darstelle. Das sei ein endgültiges Versprechen gewesen, zu dessen Einlösung die beteiligten Regierungen verpflichtet seien.

Defensivbündnis zwischen Albanien und Italien

Paris. Nach einer Havasmeldung aus Rom ist am vergangenen Dienstag zwischen Albanien und Italien in Tirana ein Defensivbündnis abgeschlossen worden. Der Vertrag soll dem Völkerbund zur Registrierung unterbreitet werden.

15 Parteien im Danziger Volkstag

Danzig. Die jetzt zum Abschluß gelangten amtlichen Berechnungen über die Wahlen zum Danziger Volkstag bringen keine Veränderung des bisherigen Ergebnisses. Danach setzt sich das Danziger Parlament zusammen aus: 42 Sozialdemokraten, 25 Deutschnationalen, 18 Zentrumsleuten, 8 Kommunisten, 5 Nationalliberalen, 5 Danziger Volksparteiler, 4 Deutschliberalen, 3 Mitgliedern der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, 3 Polen, 2 Mietervertretern und je 1 Vertreter der Hausbesitzer, Deutschsozialen, Nationalsozialisten, Fischer und Wirtschaftspartei.

Der jüdische Volksrat für Polen an Marschall Pilsudski

Warschau. In einem längeren Schreiben hat sich der jüdische Volksrat für Polen an Marschall Pilsudski mit der Bitte gewandt, die seinerzeit vom Vizeministerpräsidenten Bartel in seiner Rede im Juni 1926 versprochene Kursänderung der Regierung gegenüber den Juden zu veranlassen. Die Juden, so heißt es in dem Schreiben, fordern vor allem die Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen der Sonntagsruhe, die Ausschreibung von Gemeindewahlen in den jüdischen Ortschaften in den östlichen Wojewodschaften, Unterstützungen für das hebräische Schulwesen und anderes mehr.

Leo Blum fordert das Referendum

Das Verfassungsprogramm der französischen Sozialisten.

Paris. Im „Populaire" veröffentlicht Leon Blum das Programm der Sozialistischen Partei für die Verfassungsreform. Er verlangt vor allem, daß die Souveränität des Volkes insofern ihre praktische Erweiterung findet, als in der Verfassung die allgemeine Volksabstimmung eingeführt werden muß. Man dürfe sich nicht weiterhin mit einer unbequemen Verwechslung zwischen Parlamentarismus und politischer Demokratie begnügen. Gleichzeitig sollten die Rechte des Senats zunächst stark beschnitten und der Senat dann vollkommen abgeschafft werden. Die Sozialisten verlangten eine einzige alleinverantwortliche Volksvertretung. Daneben müsse der Wirtschaftsrat gestärkt und sein Bestehen in die Verfassung aufgenommen werden.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

33)

16.

Karamaneh.

Am nächsten Tage befanden wir uns wieder auf dem Kriegspfad. Die beschauliche Ruhe in der Natur schien uns Ironie und Spott geworden — wer wußte, ob nicht ein teuflischer Götze seinen Opferaltar in unseren schönen Hainen hatte? Der Gedanke wollte an diesem Herbsttag nicht von mir weichen.

„Das Netz beginnt sich zu schließen!" frohlockte Nayland Smith.

„Hoffen wir also auf einen guten Fang!" antwortete ich lachend.

Nicht weit von uns erhoben sich im Herbstnebel die Zinnen Royal-Windsors. Wir verfolgten eine der wenigen Spuren, die wir bis jetzt entdeckt hatten. Dr. Fu-Mandschu zu fangen, durften wir zwar nicht hoffen; aber es bestand allenfalls die Möglichkeit, eine seiner Festungen zu vernichten.

Wir hatten auf der Karte ein Terrain, das von der Themse durchschnitten wurde, rot eingezirkelt. Der Mittelpunkt war Windsor-Castle. Innerhalb dieses Kreises mußte das Haus liegen, aus dem wir auf so wunderbare Weise entflohen waren. Aber wir waren darauf vorbereitet, daß es, wenn wir es fanden, von Fu-Mandschu und seiner Bande geräumt sein würde.

Wir gingen nach einem methodischen Plan vor, und obgleich unsere Mithelfer unsichtbar arbeiteten, waren ihrer nicht weniger als zwölf — sämtlich erfahrene Männer. Bis jetzt hatten wir noch keinen Erfolg buchen können. Doch jetzt tauchte die Stätte, der wir unsere besondere Aufmerksamkeit zu widmen gedachten, vor uns auf: ein altes Gebäude, auf einem ausgedehnten, ummauerten Gelände.

Den Fluß verlassend, bogen wir scharf nach rechts in einen Weg ein, der an einer hohen Mauer vorüberführte. Bei einer Lichtung erblickte ich einen Zigeunerwohnwagen. Ein altes Weib hockte auf den Stufen, das gerunzelte Gesicht gesenkt, das Kinn in die Hand gestützt.

Ich beachtete sie kaum, sondern eilte rasch weiter, ohne zu bemerken, daß mein Freund nicht mehr an meiner Seite schritt. Ich wollte so schnell wie möglich einen Punkt erreichen, von dem aus ich deutlich das einsame Haus beobachten konnte; denn es verlangte mich zu wissen, ob es tatsächlich der Ort sei, wo unser geheimnisvoller Gegner seine totbringenden Skorpione, Bazillen und Giftpilze züchtete und von wo er seine Mörder aussandte. Auch wollte ich in Erfahrung bringen, ob dies der Aufenthaltsplatz der schönen Sklavin war, die solch wichtigen Handlanger bei den Plänen des Doktors bedeutete, zugleich aber auch ein zweischneidiges Schwert.

Ein Schrei hinter mir zerriß die Stille. Ich fuhr herum —: Nayland Smith rang erbittert mit der alten Zigeunerhexe, die sich wie ein wildes Tier zur Wehr setzte!

Smiths Handlungsweise hatte mich schon oft frappiert; aber jetzt argwöhnte ich wirklich, daß er den Verstand verloren habe. Ich stürmte zurück und hatte fast den Schauplatz des sonderbaren Ringkampfs erreicht, als ein herkulischer Mann mit großen Ohrringen dem Wohnwagen entstieg. Nach einem hastigen Blick in unsere Richtung eilte er dem Flusse zu.

Ohne das Weib loszulassen, wandte sich Smith mir zu: „Ihm nach, Petrie! Er darf nicht entkommen! Es ist ein Dakoit!"

Ich rannte hinter dem Flüchtling her und blieb ihm hart auf den Fersen. Aber ich war nicht darauf vorbereitet, daß er zwischen das Schilf am Flußufer springen würde. Ich verhielt den Schritt und bemerkte, daß der Kerl etwas in der Hand hielt. Er watete — tauchte; und als ich an den Rand des Wassers trat und meine Blicke umherkreisen ließ, war er verschwunden! Sich ausbreitende Wellenkringel zeigten, wo er untergetaucht war.

Er war jetzt meiner Gnade überliefert! Denn sobald er wieder an die Oberfläche kam, mußte er von beiden Ufern aus sichtbar sein. Mit der Polizeipfeife, die ich bei mir trug, konnte ich nötigenfalls unsere Leute herbeirufen, die drüben im Hinterhalt lagen. Ich wartete. Ein Wasservogel strich ruhig vorüber, anscheinend unberührt von dem brutalen Eingriff in seine Territorialrechte. Ich wartete länger als eine volle Minute. Hinter mir hörte ich Smiths Stimme: „Laß ihn nicht entwischen, Petrie!"

Ohne den Blick vom Wasser abzuwenden, winkte ich beruhigend mit der Hand zurück. Doch der Dakoit war immer noch nicht aufgetaucht! Ich neigte daher zu der Annahme, daß er sich im Schilf verstrickt habe und ertrunken sein müsse.

Mit einem letzten Blick nach rechts und links ging ich zurück. Das Zigeunerweib hatte ihren Widerstand aufgegeben; aber kaum fünf Schritte weiter, warnte mich ein leises Plätschern hinter meinem Rücken. Instinktiv bückte ich mich. Und während ich schnell den Kopf senkte, sauste etwas über mich hinweg und fiel klirrend auf den staubigen Weg: ein Wurfmesser!

Ich eilte wieder ans Ufer. Nichts beunruhigte die glatte Wasserfläche. Weit und breit weder Fahrzeug noch Mensch. Meine Bestürzung wuchs. Daß der Dakoit die Waffe geschleudert hatte, stand außer jedem Zweifel. Aber wo, in Himmels Namen, steckte er? Mich beschlich ein Gefühl des Grauens. Mit der unangenehmen Empfindung, eventuell einer zweiten Wurfmesserattacke ausgesetzt zu sein, kehrte ich zu Smith zurück.

Meine Furcht erwies sich als unbegründet; ich hob die kleine Waffe auf, die mich um Haaresbreite verfehlt hatte, und trat auf meinen Freund zu. Er stand mitten auf dem Weg, seinen Arm fest um die Hüfte des ermatteten Weibes gepreßt, dessen Augen mit einem besonderen Ausdruck auf mich gerichtet waren.

„Was bedeutet das alles, Smith?"

Er fiel mir ins Wort. „Wo ist der Dakoit?"

„Da er anscheinend die Eigenschaften eines Fisches besitzt, läßt sich das schwer beantworten."

Die Zigeunerin schlug ihre Augen zu mir auf und lachte. Dieses Lachen klang wohltönend, nicht wie das einer zahnlosen Alten; außerdem kam es mir bekannt vor. Ich erschrak und sah verblüfft in das gerunzelte Gesicht.

„Er hat dir einen Streich gespielt!" murrte Smith. „Was hast du da?!"

Ich zeigte ihm das Messer und erzählte, wie es in meinen Besitz gelangte.

„Ich weiß es!" bemerkte er. „Ich habe es gesehen. Er stand im Wasser, keine drei Schritt von dir entfernt. Du mußt ihn bemerkt haben."

„Nein. Außer einem Wasservogel war nichts zu sehen!"

„Einem Wasservogel?" spottete Smith. „Wenn du deine Erinnerungen über die Lebensweise der Wasservögel zurate zögst, so würdest du feststellen, daß dieses Exemplar ein rara avis war! Es ist ein alter Trick, Petrie! Aber ein guter: Der Kopf des Dakoits war in dem Vogel versteckt. Jetzt wird er wohl entkommen sein."

„Smith," sagte ich ziemlich betroffen. „Weshalb gibst du die Zigeunerin nicht frei?"

(Fortsetzung folgt.)

Eine zweite Entscheidung Calonders

Deutsche Aufschriften und Vordrucke für Bücher und Akten der Minderheitsschulen rechtlich zuläßig

Stellungnahme

des Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien vom 10. Oktober 1927 in der Sache Nr. 274 des Deutschen Volksbundes für Polnisch-Oberschlesien zur Wahrung der Minderheitsrechte, eingetragener Verein, betreffend Aufschriften in den Geschäftsbüchern der Minderheitsschulen.

I.

1. Am 30. August 1926 erhob der Beschwerdeführer im Sinne von Art. 149 ff der Genfer Konvention Beschwerde beim poln. Minderheitsamt in Katowice. Das Minderheitsamt überwies am 6. Dezember 1926 die Beschwerde mit seinen Bemerkungen an den Präsidenten der Gemischten Kommission.

Es fand hierauf der in der Verfahrensordnung der Gemischten Kommission vorgesehene Schriftenwechsel statt und in der mündlichen Verhandlung vom 23. Juli 1927 wurde dem Vertreter des Minderheitsamtes und dem Beschwerdeführer Gelegenheit gegeben, weitere Ausführungen in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung vorzutragen.

2. Auf Anordnung der Schulbehörden sind Aufschriften und Vordrucke der Bücher und Akten der Minderheitsschulen in ausschließlich polnischer Sprache verfaßt, und es wird von den Minderheitsschullehrern verlangt, daß sie die Eintragungen in polnischer Sprache vornehmen. Gegen diese behördliche Anordnung richtet sich die Beschwerde.

II.

1. Es ist in erster Linie festzustellen, daß der Beschwerdeführer nach seiner Erklärung in der mündlichen Verhandlung die Abfassung der Vordrucke und Aufschriften in der polnischen Staatssprache an sich nicht beanstandet. **Er verlangt nur, daß auch ein Text in deutscher Sprache, als der Sprache der Minderheitsschule, beigefügt werde. Was die Führung der Schulakten anbetrifft, so beansprucht der Beschwerdeführer für den Lehrer der Minderheitsschule das Recht, die Eintragungen in Bücher usw. in deutscher Sprache vorzunehmen, erklärt sich aber damit einverstanden, daß die Eintragungen auch in polnischer Sprache stattfinden, bezw. in diese Sprache übersetzt werden.**

Die Gemischte Kommission hat also lediglich zu prüfen, ob in den angeführten Fällen die **Zweisprachigkeit** nach Sinn und Geist der Genfer Konvention **am Platze ist.**

2. Die zuständige Behörde vertritt den Standpunkt, daß sie nicht verpflichtet sei, dem Beschwerdebegehren Folge zu geben, mit Rücksicht darauf, daß die Genfer Konvention keinerlei Bestimmungen über Bücher und Akten der Minderheitsschule enthalte. Richtig ist, daß — wie viele andere Einzelheiten auf dem Gebiete der Minderheitsschulen — auch die Frage betr. Führung, Form und Sprache der Schulakten in der Konvention nicht besonders behandelt ist. Es war von vornherein ausgeschlossen, in einem internationalen Vertrag, der überdies mit größter Eile ausgearbeitet werden mußte, jedes Einzelne der vielgestaltigen Verhältnisse des Schulwesens zu erwähnen und zum Gegenstand einer besonderen Vorschrift zu machen. Das wäre an sich unmöglich gewesen. Dazu kam, daß die Konvention die Minderheitsschule als eine ganz neue Institution ins Leben rief, bezüglich welcher die praktischen Erfahrungen fehlten. **So lag es in der Natur der Sache, daß man sich im allgemeinen darauf beschränkte, das System der neuen Institution zu umschreiben und die grundsätzlichen Bestimmungen zu vereinbaren. Dabei war und bleibt das wohlwollende Verständnis für die Bedürfnisse der Minderheitsschule der leitende Gedanke. In diesem Sinne muß, wo immer eine ausdrückliche, spezielle Vorschrift fehlt, in den Bestimmungen der Konvention das Kriterium für die Beantwortung der im praktischen Leben auftretenden einzelnen Fragen gesucht werden, wie dies am besten aus den zahlreichen bisherigen Stellungnahmen des Präsidenten der Gemischten Kommission hervorgeht. Wollte man die gerechten Ansprüche der Minderheitsschule überall da ablehnen, wo keine besondere ausdrückliche Bestimmung für den einzelnen Fall vorliegt, so würde die Minderheitsschule zu einem Zerrbild von Widersprüchen und unerträglichen Unbilligkeiten werden.**

3. Es ist davon auszugehen, daß in der Minderheitsschule der Unterricht in der Sprache der Minderheit erteilt wird. Als Lehrer amten nach Art. 113 der Genfer Konvention grundsätzlich Personen, welche der Minderheit angehören und welche die Sprache der Minderheit vollkommen beherrschen. **Eine Verpflichtung zur Beherrschung der polnischen Staatssprache besteht nicht.** Die tatsächlichen Verhältnisse sind derart beschaffen, daß sehr oft gerade die für die Minderheitsschule am besten qualifizierten Lehrkräfte, d. h. diejenigen, welche den Art. 113 der Genfer Konvention festgelegten Anforderungen völlig genügen, keine oder jedenfalls keine perfekten Kenntnisse der polnischen Sprache besitzen. **Schon aus diesem Grunde erweist sich die Forderung, daß Vordrucke und Aufschriften der Bücher und anderer Akten der Minderheitsschule auch in deutscher Sprache anzubringen sind, als begründet.**

Der gleiche Gesichtspunkt trifft **auch für die Führung der Schulakten, Bucheintragungen usw. zu.** Sofern die Lehrer der deutschen Minderheitsschulen die polnische Sprache in genügender Weise beherrschen, ist es selbstverständlich, daß sie die Eintragungen in die Bücher betreffend den Schulbetrieb und die Abfassung anderer Schulakten in polnischer und in deutscher Sprache vornehmen. **Wenn aber ein Lehrer die polnische Sprache nicht beherrscht, muß der polnische Text, soweit dies von der Schulbehörde verlangt wird, von einer der polnischen Sprache mächtigen Person beigefügt werden.**

4. Abgesehen von diesen Erwägungen praktischer Natur muß der dem Sinn und Geist der Konvention entsprechende und sowohl in der Praxis des Präsidenten der Gemischten Kommission als auch der zuständigen Behörden anerkannte Grundsatz betont werden, wonach in **allen Angelegenheiten betreffend die Minderheitsschulen neben der Mehrheitssprache auch die Minderheitssprache zu berücksichtigen ist.** Es sei auf folgende Beispiele der praktischen Anwendung der Genfer Konvention hingewiesen.

Es ist nirgends in der Genfer Konvention ausdrücklich gesagt, daß die Anträge im Sinne von Art. 106 und 118 in deutscher Sprache verfaßt sein dürfen. Desgleichen ist nirgends gesagt, daß die Publikation betreffend Anmeldungen zur Minderheitsschule auch in der Minderheitssprache erfolgen sollen. Die Genfer Konvention hat es auch nicht festgelegt, daß die Erziehungsberechtigten **Anrecht auf Ausstellung der Schulzeugnisse in deutscher Sprache** haben. **Und doch** werden diese Forderungen sowohl von den zuständigen Behörden in Polnisch-Oberschlesien, als auch von zuständigen Behörden in Deutsch-Oberschlesien anerkannt. (Siehe Stellungnahme Nr. 138 vom 15. November betreffend Ausstellung ausschließlich polnisch abgefaßter Zeugnisse).

Der Beschwerdeführer hat sich in der mündlichen Verhandlung auf einen Erlaß des Ministers für Kultus und Unterricht vom 12. April 1927 berufen, der die Zweisprachigkeit in Minderheitsschulen im Sinne des vorliegenden Beschwerdebegehrens anordnet. Die zuständige Behörde der Wojewodschaft hat, wie aus ihrer Stellungnahme zur Beschwerde hervorgeht, den Erlaß bis heute in ihrem Gebiete nicht angewendet. Ob der Erlaß für die Wojewodschaft Schlesien Geltung hat, ist aber für die Stellungnahme des Präsidenten der Gemischten Kommission ohne Belang, da er sich in seiner Entscheidung lediglich an die Genfer Konvention zu halten hat. **Der Erlaß des Ministers für Kultus und Unterricht bedarf indes insofern der Erwähnung, als er in Uebereinstimmung mit Sinn und Geist der Genfer Konvention** und der ständigen Praxis des Präsidenten der Gemischten Kommission den **Grundsatz sanktioniert, daß in Minderheitsschulen die Minderheitssprache in allen die Schule betreffenden Angelegenheiten zu berücksichtigen ist.**

Aus den vorstehenden Erörterungen ergibt sich, daß das Beschwerdebegehren gutzuheißen ist.

III.

Nach stattgefundener Beratung im Schoße der Gemischten Kommission gelangt der Präsident der Gemischten Kommission zur

Stellungnahme:

Den Aufschriften und Vordrucken in den Büchern und anderen Akten betreffend den Schulbetrieb der Minderheitsschulen ist ein Text in deutscher Sprache beizufügen. Es ist den Lehrern der deutschen Minderheitsschulen zu gestatten, die bezüglichen Eintragungen und Mitteilungen in deutscher Sprache vorzunehmen.

Das Urteil im Volksbundprozeß aufgehoben

Revisionsverhandlungen vor dem Warschauer Appelationsgericht — Der Revisionsantrag angenommen — Anordnung eines neuen Verfahrens

Bekanntlich setzte im Frühjahr des vorigen Jahres eine scharfe Aktion seitens der polnischen Presse gegen den deutschen Volksbund ein, in die schließlich auch die Behörden eingriffen und die einen vorläufigen Abschluß mit der Verhaftung einer Anzahl von Volksbundmitgliedern, darunter dem Schulrat Dudek a. D. Kattowitz und Frl. Ernest Königshütte. Schulrat Dudek wurde in einem gesonderten Verfahren zu 1½ Jahren Gefängnis wegen Begünstigung zur Flucht von Militärpflichtigen nach Deutschland, verurteilt, jedoch gegen eine Kautionslegung von 5000 Zloty auf freien Fuß gesetzt, während die anderen, es handelte sich um 11 Personen, die nach 12 wöchiger Haft gleichfalls gegen Kaution aus der Haft entlassen wurden, zu Festungsstrafen von 6 Monaten bis zwei Jahren verurteilt wurden. Beide Prozesse, die ein tristes Kapitel aus dem deutschen Minderheitsleben Ostoberschlesiens darstellen, erregten seinerzeit ungeheures Aufsehen, zumal noch sehr anerkannte polnische Juristen wie Dr. Liebermann-Warschau und Dr. Baj-Kattowitz die Verteidigung der Angeklagten übernahmen. In beiden Urteilen ist selbstverständlich Revision beim Warschauer Appellationsgerichtshof, der höchsten polnischen Gerichtsinstanz eingereicht worden. Die Revisionsverhandlungen wurden für den 24. November angesetzt und fanden auch statt.

Die Verhandlungen begannen gestern vormittags nach 10 Uhr.

Den Vorsitz führte Justizrat Dr. Lecanski, ein ehem. höherer österreichischer Gerichtsbeamter. Die Angeklagten wurden von den Rechtsanwälten, Abg. Liebermann und Dr. Lipiec, beide aus Warschau, und Dr. Baj aus Kattowitz vertreten. Nach Eröffnung der Verhandlung wurden zuerst vom Gerichtsreferenten die Gerichtsakten der Angeklagten, also die Urteilsbegründung der ersten Instanz, sowie die Revisionsbegründung der Verteidigung vorgelesen. Gegen 12 Uhr begannen die Verteidiger ihre Revisionsanträge zu begründen. Als erster sprach Dr. Lipiec, der bisherige Verteidiger des Schulrats Dudek, dann sprach Rechtsanwalt Baj in Sachen Ernst und Genossen. Als letzter sprach Abg. Liebermann zu allen beiden Fällen. Die Verteidiger gaben die Begründungen ihrer Revisionsanträge außerordentlich geschickt wieder und brachten sehr viel sachliches Material bei.

Die Revisionsbegründung wurde von den Verteidigern, vor allem auf folgende Tatsachen gestützt.

Formelle Fehler bei der Gerichtsverhandlung, einseitige Anwendung der Gesetzesparagraphen, nicht sachgemäße Verwendung der Zeugenaussagen, unwillkürliche Beeinflussung durch die gegen das Deutschtum versetzte öffentliche Meinung, unbegründete Ablehnung von formell und gesetzlich begründeten Anträgen der Verteidigung in der ersten Instanz, mangelhaftes Verhör der Entlastungszeugen, fast ausschließliche Vernehmung der die Angeklagten belastenden Zeugen, Nichtzulassung der von den Angeklagten angegebenen Entlastungszeugen. Weiter wurde von den Verteidigern angeführt, daß der in der ersten Instanz fungierende Schöffe Renz wegen seiner persönlichen Einstellung kaum genügend Unparteilichkeit der der ganzen Sachlage entgegenbringen konnte, die von Gerichtswegen vorausgesetzt werden mußte. Ferner wurde das Gutachten eines Warschauer Graphologen zitiert, aus dem hervorgeht, daß die als Beweise angenommenen Schriftstücke keine Sicherheit für die Beweisführung bieten und völlig unzureichend sind. Schließlich wurde von der Verteidigung hervorgehoben, daß er Hauptbelastungszeuge des Prozesses, ein gewisser Pielawski, vor kurzem wegen Paßfälschungen angeklagt worden ist.

Nach den Ausführungen der drei Verteidiger ergriff noch kurz das Wort Schulrat Dudek, der als einziger von allen Angeklagten erschienen war.

Nach ihm ergriff der Staatsanwalt das Wort. Der Staatsanwalt erklärte, daß er mit Ausnahme weniger Punkte den Revisionsantrag als begründet ansehen müsse. In mehreren Fällen müsse er die von der Verteidigung angeführte Vergewaltigung der gesetzlichen Bestimmungen bestätigen. Der Staatsanwalt stellte daher den Antrag auf Aufhebung des Urteils der ersten Instanz und Wiederaufnahme des Verfahrens. Nach einstündiger Pause wurde das Urteil verkündet, indem vom Gericht der Revisionsantrag der Angeklagten bezw. der Verteidiger angenommen wird, das Urteil der ersten Instanz kassiert wurde und ein neues Verfahren angeordnet wird. Die Berufsverhandlung fand um 3½ Uhr nachmittags ihr Ende.

Was die polnische Eisenbahn leistet

Der Ausbau der polnischen Eisenbahnen geht langsam vor sich. Im Jahre 1924 betrug die Länge der polnischen Hauptstrecken 16 968 Kilometer, 1925 17 052 und 1926 17 187 Kilometer. In zwei Jahren wurde die Länge der Haupteisenbahnstrecken um 219 Kilometer verlängert. Polen zählte 1924 2263 und 1926 2330 Bahnhöfe und Haltestellen. In den zwei Jahren wurde also die Zahl der Bahnhöfe und Haltestellen um 57 vergrößert. Die Nebenstrecken konnten ebenfalls verlängert werden, und zwar von 1874 Kilometer 1924 auf 2454 Kilometer im Jahre 1926, mithin eine Verlängerung um 580 Kilometer. Von 1924 bis 1926 betrug der Zuwachs an Lokomotiven von 5011 auf 5168 oder um 147 Lokomotiven. Die Zahl der Personenwagen ist in den zwei Jahren von 10 249 auf 10 011 oder um 237 Wagen zurückgegangen. Insgesamt sind in diesen Personenwagen 351 718 Plätze. Doch wird das in Polen nicht so genau genommen, weil in einem Zuge, in welchem vorschriftsmäßig für 800 Personen Platz ist, auf den Hauptstrecken bis zu 2000 Personen befördert werden. Gestiegen ist die Zahl der Post- und Paketwagen, und zwar von 2471 im Jahre 1924 auf 2963 im Jahre 1926 oder um 491 Waggons. Die Zahl der Güterwagen stieg in derselben Zeit von 131 424 auf 134 265 oder um 2771 Stück.

Die polnische Eisenbahn beschäftigte 1924 195 304, 1925 191 572 und 1926 191 942 Personen. Die durchschnittliche Bezahlung eines Bahnangestellten betrug 1924 2552 Zloty, 1925 3270 Zloty. 1926 ist die Durchschnittsentlohnung dieselbe geblieben.

Im Jahre 1924 haben die polnischen Personenlokomotiven eine Strecke von 50 324 556 Kilometer zurückgelegt, im Jahre 1926 bereits 55 Millionen Kilometer. Die Güterzuglokomotiven legten 1924 35 Millionen und 1926 47 Millionen Kilometer zurück. Auffallend ist es, daß der Passagierverkehr in dieser Zeit erheblich zurückgegangen ist. Noch im Jahre 1924 wurden 177 127 000 Passagiere befördert, im Jahre 1925 nur noch 162 603 000 und im Jahre 1926 146 147 000 Passagiere. Diese Tatsache allein beweist zur Genüge, daß es auf der Polnischen Staatsbahn hapert. Trotz dieses Rückganges der Passagierbeförderung stiegen erheblich die Fahrkarteneinnahmen. Im Jahre 1924 brachten sie 231 Millionen Zloty, 1925 bereits 262 und 1926 268 Millionen Zloty ein. Das bedeutet, daß die Eisenbahn teurer geworden ist und für Millionen von Bürgern ist sie viel zu teuer und wird daher gemieden.

Gestiegen ist die Lastenbeförderung auf den polnischen Bahnen. 1924 wurden 59 962 000 Tonnen und 1926 64 406 000 Tonnen Lasten befördert. Die Einnahmen für die Güterbeförderung betrugen 1924 476 Millionen, 1925 543 Millionen und 1926 718 Millionen Zloty. Die Steigerung beträgt hier 242 Millionen oder 50 Prozent. Die Eisenbahn brachte 1924 788 Millionen, 1925 891 Millionen und 1926 1105 Millionen Zloty ein. In zwei Jahren ist das eine Steigerung um 317 Millionen oder 40 Prozent. Die Ausgaben der polnischen Eisenbahn betrugen 1924 697 Millionen und im Jahre 1926 925 Millionen Zloty. Sie sind also um 228 Millionen Zloty oder um 32 Prozent gestiegen.

Die Verwaltung der polnischen Eisenbahn war bis jetzt zu teuer gewesen. Das beruht nicht darauf, daß die Angestellten zu hoch entlohnt werden, im Gegenteil, die Bezahlung der Arbeitskräfte ist recht bescheiden, aber man versteht das Menschenmaterial nicht auszunützen. Wer es nicht glaubt, der möge einen Blick in die Büroräume der Kattowitzer Eisenbahndirektion werfen. Stundenlang läßt sich in der Dienstzeit niemand von den Angestellten im Büro blicken, obwohl in einem Zimmer drei Schreibtische stehen. Darüber hört man fortwährend Beschwerden von Interessenten, die öfters in der Kattowitzer Eisenbahndirektion zu tun haben. Anstatt die Arbeitskräfte gehörig auszunützen, wird der Bahntarif von Januar ab wieder erhöht.

Polnisch-Schlesien

Eine 8,13prozentige Steigerung im Oktober

In jeder Wojewodschaft besteht eine besondere paritätische Kommission, die die Unterhaltskosten notiert. Ueber den Wojewodschaftskommissionen wacht das hauptstatistische Amt in Warschau, das die Aufstellungen der einzelnen Kommissionen „prüft“. Ueber die Arbeiten der einzelnen Kommissionen haben wir wiederholt geschrieben und darauf hingewiesen, daß diese Kommissionen Arbeit für die Kapitalisten leisten. Das geschieht wahrscheinlich auf höhere Weisung, worüber nachstehender Fall den besten Beweis liefert. Die paritätische Kommission in Krakau hat im Monat Oktober eine Steigerung der Unterhaltungskosten um 8,13 Prozent im Vergleich zum Monat September konstatiert. Die Kommission leistete hier eine sehr gewissenhafte Arbeit und notierte das, was tatsächlich vorgefallen ist. Diese Tatsache hat den Verband der Krakauer Industriellen ganz aus dem Häuschen gebracht und sie wandten sich an das hauptstatistische Amt in Warschau. Ihre Mühe war nicht vergeblich gewesen, weil das hauptstatistische Amt die Kostenberechnung der Krakauer paritätischen Kommission annullierte. Das hauptstatistische Amt in Warschau weist darauf hin, daß die paritätischen Kommissionen in allen übrigen Wojewodschaften eine höchstens 1prozentige Steigerung der Unterhaltungskosten feststellen konnten. Die Krakauer paritätische Kommission hat deshalb die große Steigerung der Unterhaltungskosten errechnet, weil sie auch zu anderen Lebensmitteln gegriffen hat (zu den Kartoffeln wahrscheinlich auch ein Stückchen Fleisch gerechnet), was aber sonst nicht praktiziert wird. Die Krakauer Berechnung ist also als hinfällig zu betrachten, weil die Teuerung höchstens um 1 Prozent gestiegen und nicht um 8.13 Prozent, wie das Krakauer Amt irrtümlich angegeben hat. — Da haben wir also die Wahrheit über statistische Notierungen der Teuerung. Die Teuerung geht ihre eigenen Wege und die Lebensunterhaltungsberechnungen auch ihre eigenen. Vergißt sich aber eine paritätische Kommission und notiert die Preissteigerung, so wie wir sie jede Woche von neuem zu fühlen bekommen, dann wird die Notierung beanstandet und für ungültig erklärt, wie dies mit der Notierung in Krakau geschehen ist.

Sejmabgeordneter Gwozdz zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt

Der schlesische Sejm hat seinerzeit den Sejmabgeordneten Gwozdz von der nationalen Arbeiterpartei auf einen Antrag der Staatsanwaltschaft ausgeliefert. Gwozdz sollte bei der Vergebung von Schankkonzessionen Bestechungsgelder angenommen und sich anderer unehrenhafter Manipulationen schuldig gemacht haben. Vor der Rybniker Strafkammer kam am Dienstag diese Angelegenheit zur Verhandlung. Abgeordneter Gwozdz bestritt, irgendwelche Gelder bei der Vergebung der Konzessionen verlangt zu haben, allerdings kann er nicht bestreiten, daß er gewisse Beträge für Anfertigung von schriftlichen Arbeiten erhalten hat. Zwei Zeugen sagten jedoch aus, daß sie dem Angeklagten je 150 Zloty für die Beihilfe zur Erlangung der Konzession aushändigten. Das Gericht schenkte diesen Aussagen Glauben und verurteilte Gwozdz zu 14 Tagen Gefängnis, nachdem der Staatsanwalt ½ Jahr Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust beantragt hatte.

Gut gelebt

Der Defraudant Adam Ruda, der 35 000 Zloty der Friedenshütte unterschlug und dann das Weite suchte, ist bekanntlich bereits erwischt worden, nur über den Verbleib des ganzen Betrages weiß man noch nichts genaues. Allerdings wurde festgestellt, daß Ruda sich in Posen einen sehr vergnügten Tag gemacht hatte, denn nicht weniger als 5000 Zloty gab er in einer einzigen Nacht in den Posener Vergnügungsstätten aus, dazu noch 700 Zloty für Autofahrten. Man sieht, daß Ruda alle Anlagen zu einem Lebemann hat, denn beinahe 6000 Zloty in einigen Stunden, klein zu kriegen, ist nicht jedermanns Sache. Ueber den Verbleib der Restsumme, zerbricht man sich noch weiter den Kopf, denn Adam Ruda schweigt sich beharrlich aus.

Kattowitz und Umgebung

Aburteilung einer Schmugglerbande.

Am 30. Juli d. J. gelang es den Zollbehörden einen größeren Schmugglertransport zwischen Neudeck und Brzeziny abzufassen. In dem gedeckten Personenauto Sl. 1013 wurden im Auftrage eines Beuthener Kaufmanns große Mengen Seidenwaren, Spitzen, Kleider- und Anzugstoffe, sowie Tabakwaren über die Grenze geschafft. In der Nähe von Neudeck wurden die Autoinsassen, die mit einer Stundengeschwindigkeit von 80 Kilometern fuhren, von einer Zollpatrouille zum Halten aufgefordert. Der Führer verlangsamte das Tempo, um die Grenzbeamten zu täuschen, schlug aber bald darauf wieder die alte Fahrtgeschwindigkeit ein, ohne zu halten. Daraufhin wurde nach dem Auto geschossen und die mitfahrende Emma Pytlow getroffen. Eine zweite Kugel schlug in das Räderwerk des Autos ein. Die verletzte Frauensperson bestürmte den Chauffeur Alois Krzikala, das Auto zum Stehen zu bringen, während der Schlosser Bruno Witek, welcher den Transport im Auftrage des Beuthener Kaufmanns führte, zur Weiterfahrt anspornte. Schließlich wurde das Auto bei Brzeziny doch zum Halten gebracht, da sich demselben eine zweite Zollpatrouille in den Weg stellte. Die drei vorgenannten Personen konnten festgenommen werden, während es einem gewissen Preiß gelang, zu entkommen. Das Auto und die Schmuggelware wurden konfisziert. In die Affäre soll überdies noch ein Kattowitzer Kaufmann verwickelt sein, welcher die Vermittlerrolle übernahm und inzwischen wegen einer anderen Zollgeschichte verhaftet worden ist. Am gestrigen Donnerstag wurde vor der Zollstrafkammer Kattowitz in dieser Angelegenheit verhandelt. Angeklagt waren Schlosser Bruno Wittek aus Königshütte, Chauffeur Alois Krzikala aus Zalenze und die Emma Pytlow aus Lagiewniki. Die Beklagten hatten sich mit einem Zollbeamten an der Zollgrenze bei Roßberg ins Einvernehmen gesetzt, welcher bestochen wurde und das Auto passieren ließ. Dieser Beamte ist auch verhaftet worden und soll sich noch wegen anderen Fällen gleichfalls verantworten. Nur der Wachsamkeit der Zollbehörde gelang es, den Transport abzufassen, welche von einer bestimmten Seite informiert wurde und die Zollpatrouillen ausgesandt hatte.

Das Gericht erkannte auf eine hohe Bestrafung der drei Angeklagten, deren Schuld einwandfrei erwiesen war, so daß diese es für zwecklos erachteten, irgendwelche Ausflüchte zu machen. Der Schlosser Witek wurde zu vier Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 36 000 Zloty bei einer Umwandlung von 100 Zloty pro Tag Gefängnis, die beiden anderen Angeklagten zu je einem Monat Gefängnis und gleichfalls zu einer Geldstrafe von je 36 000 Zloty, beziehungsweise pro Tag 200 Zloty verurteilt.

Börsenkurse vom 25. 11. 1927
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8.92 zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	47.— Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.— zł
	1 Dollar		=	8.92 zł
	100 zł		=	47.— Rmk.

Arbeiter-Schachverein. Das diesjährige Vereinsturnier, welches zu Ende geht, brachte der Arbeiter-Schachbewegung einen großen Erfolg. Teilgenommen haben 32 Schachspieler, in der A-Gruppe 12, in der B-Gruppe 10 und in der C-Gruppe ebenfalls 10 Spieler. Die Plätze sind folgendermaßen belegt worden: In der A-Gruppe: 1. und damit Vereinsmeister Schachfreund Schymik, 2. Kurzik, 3. Briesnitz, 4. Klima. Um den 5. Preis wird noch gekämpft. In der B-gruppe: 1. und damit Gruppenmeister Schachfreund Stenzel, 2. Beiz. 3. Bartusch. 4. Wegehaupt. In der C-Gruppe: 1. und damit Gruppenmeister Schachfreund Lichy, 2. Tondera, 3. Schaletzki, 4. Firlus. In beiden Gruppen wird ebenfalls um den 5. Preis noch gerungen. An dieser Stelle danken wir auch herzlich dem Bund für Arbeiterbildung für die edle Spende, durch welche wir in der Lage sind, die Preise reichhaltiger zu gestalten.

Ein „vorbildlicher“ Beamter. Eine längere Zeit hindurch wurden in Kattowitz die deutschen Schilder der früher in Kattowitz ansässigen Wach- und Schließgesellschaft beschädigt und heruntergerissen. Die jetzige Wach- und Schließgesellschaft „Zamek“ in Königshütte machte es sich zur Aufgabe, den Täter ausfindig zu machen. Dem Wächter N. gelang es eines Tages vor einem Hauseingang eine Person zu stellen, welche angeblich gerade im Begriff war, ein Schild zu entfernen. Die weiteren Recherchen ergaben das überraschende Ergebenis, daß es sich bei der fraglichen Person um den Oberkontrolleur Edmund M. handelte, welcher bei der Konkurrenzfirma „Gornoslonskie Towarzystwo Straznicy i Zamnkania“ in Diensten stand. Die Angelegenheit hatte ein gerichtliches Nachspiel und zwar hatte sich der Oberkontrolleur vor dem Schöffengericht in Kattowitz wegen Sachbeschädigung zu verantworten. Der Beklagte bestritt selbstverständlich vor Gericht jede Schuld und gab an, daß es sich bei der Anzeige um einen Racheakt des Wächters N. handele, welcher vor ungefähr 3 Jahren gleichfalls bei seiner Firma tätig war und später zur Konkurrenz überging. Das Gericht stützte sich auf die Zeugenaussagen des Wächters N. und verurteilte den Oberkontrolleur M. wegen Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe von 50 Zloty.

Königshütte und Umgebung

Meisterprüfungen. Unter dem Vorsitz des Stadtrats Grzes und Obermeisters Gärtner finden dieser Tage Meisterprüfungen im Schuhmachergewerbe statt. Von den Prüfungen bestanden Josef Koloch aus Lublinitz, Karl Brika aus Königshütte und Robert Wierzgol aus Kostuchna. Die Prüfung im Schneidergewerbe bestanden Franz Dwornik aus Scharley und Emanuel Newmann aus Groß-Piekar und im Bäckereigewerbe Robert Koch, Heinrich Wirtki und Johann Kielkowski aus Königshütte, sowie Heinrich Kleczka aus Ruda.

Vor dem Soczewa-Prozeß. Schon in den nächsten Wochen dürfte vor der Königshütter Strafkammer der Prozeß gegen den Lustmörder Soczewa, dem in Bismarckhütte ein 12jähriges Mädchen zum Opfer gefallen ist, beginnen, da die Untersuchung vollständig abgeschlossen ist. Da Soczewa während der Nacht den Geisteskranken zu spielen begann, wurde er zur Beobachtung seines Geisteszustandes nach Rybnik entsandt, von dort aber bereits wieder nach Königshütte zurücktransportiert worden. Was für ein Gutachten über S. abgegeben worden ist, ist bis jetzt noch nicht bekannt, jedoch steht fest, daß der Prozeß beginnen wird. Für Königshütte dürfte das wieder eine Sensation ersten Ranges werden.

Der Ofen explodiert. In der Pfarrei St. Hedwig explodierte gestern vormittag ein Kachelofen mit ziemlicher Gewalt. Die Explosion erfolgte infolge Gasbildung und richtete ziemlichen Sachschaden an. Personen sind dabei glücklicherweise nicht verletzt worden.

Verkehrskartenschwindelei. Der Arbeitslose Eugen R. von der Bergfreiheit 46 nahm von einer Reihe bekannter Leute Anträge auf Ausstellung von Verkehrskarten entgegen, welche er der Polizeidirektion weiter übermitteln und auch erledigen wollte, natürlich nicht umsonst. Bis heute hat man jedoch von diesen Anträgen auf der Polizeidirektion noch nichts gesehen, so daß die betreffenden Personen Anzeige erstatteten. — Uns ist überhaupt neu, daß es derartige Vermittelungsgeschäfte geben kann, da wir glaubten, daß jeder einzelne persönlich seinen Antrag stellen muß. Aus dem Polizeibericht, der über diese Schwindelei berichtet, geht zwar nicht ganz hervor, wie der Arbeitslose eigentlich heißt, aber er deutet auf einen bekannten Aufständischen hin. Wir können uns auch irren.

Siemianowitz

Was soll das bedeuten? Die Gemeinde S. hatte anfangs dieses Monats eine Einwohnerzählung vorgenommen und durchgeführt. Merkwürdigerweise erhalten verschiedene Einwohner durch die Wirte den Auftrag auf Zetteln anzugeben: Familienstand, Anzahl der Familie, Beschäftigungsort, Schulbesuch usw. Da immer nur einzelne Familien herausgegriffen werden, so berührt dieses Verfahren eigentlich merkwürdig. Es ist auch amtlich nicht festzustellen, was das zu bedeuten hat. Die ganze Sache riecht stark mussolinisch.

Unfall beim Abtun von Sprenglöchern. Auf Richterschächte machte ein Orthäuer seine Sprenglöcher schußfertig und gab dem Schlepper den Auftrag einen weiteren Zugang zum Ort abzusperren. Der Schlepper dagegen benutzte die Schießpause, um sich eine Zigarette zu drehen und führte den Befehl leichtsinnigerweise nicht aus. Währenddessen brannten bereits die Sprenglöcher als der befahrende Abteilungssteiger L. nichtsahnend vor Ort ging. Die Sprenglöcher gingen los und Steiger L. erhielt eine Kohlenladung gegen Gesicht und Hände geschleudert. Glücklicher weise war Steiger L. nicht direkt in der Schußrichtung und kam somit mit leichteren Verletzungen davon. Also Glück im Unglück.

Myslowitz

Belegschaftsversammlung der Gieschegruben. Nach längerer Zeit fand hier wieder endlich eine Belegschaftsversammlung statt, welche am 23. November im Zechenhause Nickischschacht abgehalten wurde. Nach einer kurzen Ansprache des Leiters der Versammlung erhielt der erschienene Referent B. das Wort, welcher über die wirtschaftliche Lage, die letzten Lohnverhandlungen nebst der Mietsfragen der hiesigen Werkswohnungen sprach. In der Diskussion, welche sehr lebhaft einsetzte, wurden verschiedene Betriebsangelegenheiten behandelt, ebenfalls wurde gegen die Teuerung und die ungenügenden Löhne, Ueberschichten nebst Ueberproduktion Stellung genommen, was die Folge einer überaus starken Arbeitslosigkeit ist. Von allen Rednern wurde an die anwesenden Belegschaftsmitglieder appelliert, sich von neuem den Gewerkschaften anzuschließen. Eine Resolution wurde angenommen, in welcher zu verschiedenen Forderungen, nebst höheren Löhnen von 50—75 Prozent, Stellung genommen wurde, welche von einer Delegation, die sofort gewählt wurde, an die Arbeitsgemeinschaft weitergeleitet werden soll. Der letzte Punkt dieser Resolution über die Haftentlassung der politischen Gefangenen wurde von einem Teil der Anwesenden verworfen, da dies Sache der politischen Parteien sei. Ein Antrag eines Redners zwecks Wahl einer Delegation nach Sowjetrußland, welche aus den Reihen der Belegschaft zustande kommen sollte, wurde vom Leiter der Versammlung widerlegt und dem Redner das Wort entzogen. Zum Schluß war ein Bericht von einem Knappschaftsältesten über die Verhältnisse in der Spolka Bracka, welcher von den Versammelten mit Empörung und Protest aufgenommen wurde. Eine Resolution wurde zusammengefaßt und einstimmig angenommen, welche an den Hauptvorstand der Spolka Bracka und an das hiesige Oberbergamt weitergeleitet werden soll. Die Protestresolution, welche mehrere Punkte umfaßt, wendet sich an erster Stelle gegen eine zweite Erhöhung der Beiträge an die Spolka Bracka nebst Krankenkasse, welche erneut ab Neujahr wieder in Kraft treten sollen, was in der weiteren Form der Resolution ausführlich begründet wurde, wobei aber auch auf die niedrigen Löhne nebst den Feierschichten, die seit langer Zeit auf den Gieschegruben eingeführt werden, verwiesen wird. Nach 2½ stündiger Dauer wurde die Versammlung geschlossen mit einem Appell, in Zukunft die Belegschaftsversammlungen zahlreicher zu besuchen.

Zugzusammenstoß. Am vergangenen Sonntag ereignete sich kurz vor der Einfahrt auf die Myslowitzer Bahnstation ein Zugzusammenstoß. Zwei Güterzüge fuhren ineinander. Getötet wurde glücklicherweise niemand, doch sollen drei Personen verletzt sein. Am Montag erlitten wegen diesem Unglücksfall viele Züge eine Verspätung, weil die Gleise mit umgestürzten Waggons zugedeckt waren. Noch heute sieht man Wagenteile herumliegen. Die Eisenbahnverwaltung läßt von Zivilpersonen niemanden zur Unglücksstelle zu.

Erfrorene Hände, erfrorene Füße und ihre Verhütung

Der Eintritt der Winterkälte birgt die Gefahr von Kälteschädigungen in sich, wie sie durch das Auftreten erfrorener Hände, erfrorener Füße, der sogenannten Frostbeulen usw. kundgeben. Daher erscheint es zweckmäßig, sich rechtzeitig über die Entstehung und Verhütung von Frostschäden zu unterrichten. Der gesunde menschliche Körper besitzt einen außerordentlich feinen Regulierungsmechanismus, der es ihm ermöglicht, den äußeren Einflüssen von Kälte und Hitze Trotz zu bieten und seine Temperatur stets auf gleicher Höhe zu halten. Treten indessen aus irgendwelchen Gründen Störungen des Blutumlaufes an bestimmten Körperstellen ein, so sind diese Stellen bei äußerer Kälteeinwirkung der Gefahr des Erfrierens besonders ausgesetzt. Hierher gehören Hände und Füße, Ohren und Nasenspitze ganz besonders.

Man unterscheidet im allgemeinen drei Grade der Erfrierung. Der erste gibt sich durch Rötung und Schwellung kund und erzeugt besonders in den Abendstunden bei Aufenthalt in geheizten Räumen oder in der Bettwärme starkes Jucken und Brennen. Diese Art von Frost wird gewöhnlich als „Frostbeule“ bezeichnet. Schwerere Grade des Frostes führen zur Blasenbildung, bei deren Aufplatzen man im Volksmunde vom „Aufbrechen des Frostes“ spricht. Schließlich erzeugt eine sehr lange und starke Kälteeinwirkung den Frost dritten Grades, das Erfrieren des ganzen Körpers, wodurch unter Umständen, wenn nicht rechtzeitig geeignete, am besten ärztliche Hilfe kommt, der Tod eintritt.

Am häufigsten sind die sogen. Frostbeulen, deren Hauptsitz Zehen und Finger sind. Frostbeulen kommen aber auch am Unterschenkel vor, und zwar dort, wo der Stiefelrand abschneidet. Ebenso kann Frost am Bein auftreten, wenn rund um das Bein herum fest sitzende Strumpfbänder getragen werden, die man gänzlich verbannen sollte. Ganz allgemein tritt, wie erwähnt, gewöhnlich Frost da auf, wo Störungen des Blutumlaufs erzeugt werden, wie z. B. durch zu enge Stiefel oder Handschuhe, zu enge Strumpfbänder usw.

Wer einmal erfrorene Hände oder Füße gehabt hat, bei dem pflegt die Krankheit gewöhnlich alljährlich wiederzukehren. Von Frost-Erkrankungen können alle Altersklassen befallen werden. — Ganz besonders neigen dazu schwächliche Menschen, sowie solche, die an Tuberkulose, an Herzkrankheiten, Skrofulose usw. leiden. Die trockene Kälte ist dabei weniger gefährlich als nasse Kälte. Als zweckmäßiger Schutz gegen Schädigung des Körpers durch Kälteeinmischung sei folgendes empfohlen:

1. Man trage wollene, warme Handschuhe und möglichst wollene Strümpfe evtl. Ohrlappen.
2. Das Schuhwerk sei bequem und lasse den Zehen einen genügenden Spielraum.
3. Wer gezwungen ist, bei nasser Kälte sich lange im Freien aufzuhalten, der sorge dabei für ausreichende Bewegung und vermeide längeres Stehen oder Sitzen.
4. Rascher Uebergang von Kälte zu Hitze und umgekehrt ist zu vermeiden.
5. Zweckmäßig ist gute, kräftige Ernährung und reichlicher Fettgenuß.
6. Bei schwerer Erfrierung bringe man den Kranken in einen kühlen Raum, gehe mit erfrorenen Gliedern, die leicht brechen, besonders vorsichtig um und sorge hier, ebenso wie auch in allen leichteren Fällen für sachgemäße ärztliche Behandlung.

Drei Fragen für England

Unversehens ist im englischen Unterhaus eine kritische Situation entstanden. In der „Mutter der Parlamente“ gab es Obstruktion, ein Minister wurde niedergeschrien, eine Sitzung mußte abgebrochen werden. Dabei handelt es sich, dem Anschein nach, um eine Frage der Form: die Arbeiterpartei hatte einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht, um das vollkommene Versagen der konservativen Politik angesichts der bedrohlichen Lage im Bergbau zu brandmarken. Auf diese Anklage antwortete die Regierung in einer Weise, die, nach der englischen Auffassung, der parlamentarischen Tradition und der Würde des Hauses widerspricht: obwohl der Führer der Opposition den Antrag eingebracht und begründet hatte, weigerte sich der anwesende Premierminister, zu antworten. Er schickte vielmehr einen unbedeutenden Ressortminister vor, der obendrein durch den Aktienbesitz seiner Frau bis vor kurzem selber zu den Bergbauunternehmern gehört hat und aus diesem Grunde an den ganzen monatelangen Verhandlungen während der Bergbaukrise und des Streiks im vorigen Jahre niemals teilgenommen, ja damals sogar seine Demission angeboten hat. Nun wurde den Ergebnissen der Bergbaupolitik der englischen Konservativen der Prozeß gemacht, das furchtbare Elend der arbeitslosen Bergarbeiter zum Zeugen aufgerufen für die fortdauernde Krise, in die kapitalistische Engherzigkeit den wichtigsten Wirtschaftszweig des Landes gestürzt hat; und der verantwortliche Führer der Regierung saß da, die Arme gefaltet, die Füße nach der beschaulichen Sitte auf den Tisch des Hauses gelegt, und verweigerte die Antwort! Diese Herausforderung hat die gesamte Arbeiterpartei, haben selbst ihre gemäßigten Führer mit der gebührenden Abwehr beantwortet.

Denn die Zehntausende arbeitsloser Bergarbeiter: sie sind ja jenseits alles menschlichen Leides die brennende Wunde am englischen Wirtschaftskörper, die sich nicht schließen will. Die „Beilegung“ des großen Kampfes im englischen Bergbau, die Niederringung des Riesenstreiks, der Sieg des rückständigsten Unternehmertums, der das Problem nicht gelöst, die Gegensätze nur vertieft und neue künftige Kämpfe zur unvermeidlichen Gewißheit gemacht hat: das ist ja das Kernstück des konservativen Regierens in dieser Periode, der Ausgangspunkt der ganzen arbeiterfeindlichen Politik der Regierung Baldwin, der Angelpunkt der innenpolitischen Situation der letzten Jahre. So verbindet sich die Empörung über die Verletzung der parlamentarischen Tradition mit dem Gefühl, daß es die ganze Verantwortung des konservativen Regimes vor den Wählern ist, die hier verweigert wurde. Und wenn auch die Regierung bereits in der formalen Frage halbwegs nachgegeben und einer Wiederholung der Debatte zugestimmt hat, wenn also die Auflösung des Parlaments in diesem Zeitpunkt nicht erzwungen werden kann — die Antwort an die Arbeitslosen, die Verantwortung für das Versagen der konservativ-kapitalistischen Politik in den wichtigsten Fragen der englischen Wirtschaft: das alles bleibt offen, bleibt auf der Tagesordnung, bleibt die große Frage, auf die bei den nahen Neuwahlen England die Antwort geben muß!

Wenige Tage vorher hat die englische Regierung dem Unterhaus mitgeteilt, daß sie zur Prüfung der Frage der Verfassungsreform für Indien eine Kommission eingesetzt hat. Die gegenwärtig geltende indische Verfassung, die im Jahre 1919, unter der Nachwirkung des Weltkrieges, eingeführt worden ist, wurde damals schon als Uebergangsverfassung bezeichnet, die probeweise für zehn Jahre gelten sollte. Sie trägt auch tatsächlich höchst zwiespältigen Charakter: eine zum größten Teil gewählte, zum kleineren ernannte gesetzgebende Versammlung steht in den Provinzen wie in der Zentralverwaltung neben dem Gouverneur, seinen ernannten Ministern und einem ernannten Exekutivrat; aber die englisch-bureaukratische Exekutive ist in den wichtigsten Fragen an die Beschlüsse der parlamentarischen Körperschaften nicht gebunden. Diese Verfassung soll nun revidiert werden; und in dieser Revision liegt die ganze Hoffnung des religiös und politischzerklüfteten indischen Volkes auf eine wirkliche, nicht in jedem Punkte durch das Veto des Gouverneurs aufhebbare Selbstverwaltung.

Aber ist eine englische konservative Regierung imstande, diese Selbstverwaltung zu gewähren? Die gegenwärtige englische Regierung ist an das Problem in einer merkwürdigen Weise herangegangen. Sie hat die Kommission aus lauter Engländern, ohne einen einzigen Inder, zusammengesetzt und obendrein aus lauter Parlamentariern, die keine unmittelbare Kenntnis oder Erfahrung in indischen Angelegenheiten haben: so werde, meint sie, die Unparteilichkeit der Prüfung am besten gewährleistet! Die Kommission soll dann einen Ausschuß der gesamtindischen gesetzgebenden Körperschaft nach Gutdünken heranziehen — die Arbeiterpartei hat in einer Entschließung verlangt, daß diese Zusammenarbeit eine von vornherein bestimmte und gleichberechtigte sei. Aber die indische öffentliche Meinung hat in der Zusammensetzung der Kommission nichts als eine Herausforderung gesehen. Die großen indischen politischen Parteien, nicht nur die indische Unabhängigkeitspartei Swaraj, auch die Mohammedanen, zwischen denen und den Hindus gerade die Frage der Verfassungsreform eine Machtfrage aufwirft: sie alle haben über die sehr scharfen religiösen Gegensätze hinweg einmütig den Beschluß gefaßt, die Kommission zu boykottieren. Kein nationalbewußter Inder wird vor ihr erscheinen, keine maßgebende politische Partei ihr mit Rat und Gutachten zur Seite stehen. Nur im Widerspruch mit der großen Mehrheit des indischen Volkes, nur gegen den Willen der großen indischen Parteien kann die Verfassungsreform zustande kommen. Diese Verfassungsrevision in Indien aber ist der Prüfstein für die ganze künftige Entwicklung zwischen England und jenen Kolonien, die zur Unabhängigkeit streben, die immer stürmischer nach Selbstverwaltung verlangen. Die Frage, ob die neue indische Verfassung, vom indischen Volke im voraus abgelehnt, ihm aufgezwungen wird, ohne daß es selbst an ihrer Entstehung teil hätte, oder ob sie zustande kommt im Einvernehmen mit ihm, den Weg weisend, der Indien von der unterdrückten Kolonie zum selbstverwaltenden Dominion führt — es ist die Schicksalsfrage des ganzen britischen Kolonialreichs.

In der kommenden Woche wird die englische Arbeiterpartei einen der Sitzungstage des Unterhauses, die nach dem parlamentarischen Brauch der Opposition eingeräumt werden müssen, zu einer Debatte über die Abrüstungsfrage und die Völkerbundpolitik der britischen Regierung benützen. In dieser Debatte wird das Echo sehr interessanter Diskussionen zu hören sein, die in der letzten Zeit, unter der Oberfläche der Tagespolitik, das politische und denkende England stark bewegen. Sie knüpfen an an den demonstrativen Rücktritt Lord Cecils nach dem Scheitern der Seeabrüstungskonferenz, das die Halsstarrigkeit der britischen Admiralität verschuldet hat. Vor wenigen Tagen erst hat Lord Cecil in einer vielbeachteten, in der Form zurückhaltenden, in der Sache unerbittlichen Rede im Oberhaus die Gründe dieses Scheiterns und seines Rücktritts noch einmal anklagend dargelegt. Schon vorher hatte eine Kampagne der Liberalen für bessere Beziehungen zum Völkerbund, hatten Artikel Macdonalds und Reden Lloyd Georges und Baldwins die Diskussion in Fluß gebracht.

Der Unterton dieser Diskussion ist ein langsames Begreifen, daß die gesamte internationale Politik des englischen Imperialismus mit veralteten Mitteln auf falschen Wegen geht, weil sie noch nicht gelernt hat, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß England heute in der Weltpolitik wirtschaftlich und machtpolitisch nicht mehr der erste, sondern hinter Amerika der zweite ist. Das gesteht man sich nun freilich in England noch nicht ein; noch ist die Tatsache der amerikanischen Konkurrenz, ja der amerikanischen Ueberlegenheit nicht in das Bewußtsein des englischen Volkes aufgenommen, noch weniger wird sie von der offiziellen englischen Politik ausgesprochen. Aber die Seeabrüstungskonferenz, auf der Amerika die absolute Gleichstellung seiner Flotte mit der englischen verlangte, hat die Engländer vor die harten Tatsachen gestellt. Die englische Admiralität ließ die Konferenz scheitern, weil sie die Zahl der kleinen Kreuzer, die England angeblich braucht, um die Seewege zu seinen Kolonien zu schützen, keiner Beschränkung unterwerfen wollte. Amerika antwortete sofort mit einem gewaltigen Rüstungsprogramm und es macht kein Hehl daraus, daß es darauf ausgeht, die berühmte „Freiheit der Meere“, die bisher ein englisches Reservatrecht war, für sich in Anspruch zu nehmen, die englische Alleinherrschaft zur See zu brechen. Ja, der jugendkräftige, hundertprozentige Dollarimperialismus verhehlt auch nicht, daß er der Ansicht ist, er werde im Wettrüsten, finanziell und militärisch, den längeren Atem haben als der alternde britische Löwe. Da hat nun in England das Nachdenken begonnen. Der Panzerkreuzer, der lange das unantastbare, über alle Anzweiflung erhabene Symbol, der Fetisch der englischen nationalen Ideologie — gleichgültig ob liberal oder konservativ —, wird zum erstenmal seines gebieterischen Nimbus entkleidet, wird nüchternen Rechnungen unterworfen: und siehe da, die Rechnungen stimmen nicht, der rückständige Militarismus der englischen Admirale ist nicht mehr imstande, wie er vorgibt, die Freiheit der Zufahrtswege zu sichern — wenn England eines Tages Amerika gegen sich haben sollte. Der englische Kreuzer, der plötzlich in den Gewässern von Nikaragua auftaucht, als der amerikanische Imperialismus eben daran war, dieses Land zu verspeisen, die amerikanische Baugesellschaft, die plötzlich am Blauen Nil einen Staudamm errichten will — das alles gibt zu denken und zu rechnen. Das alles ist noch unklar und verwickelt, ist innig verknüpft mit der Frage einer Revision des Völkerrechts zur See, mit der Frage der internationalen rechtlichen Bindungen überhaupt: England als Mitglied des Völkerbundes fühlt sich gegenüber Amerika, das die Hände völlig frei hat, benachteiligt. Das erklärt die ängstliche Scheu, mit der die englische Politik jeden Gedanken an neue Verpflichtungen aus Verträgen zurückweist. Das erklärt, warum sie selbst schon die bisherigen als drückend empfindet, warum anderseits die liberale, völkerbundfreundliche Ideologie mit dem Gedanken einer Revision der Friedensverträge, eines verstärkten Rückhalts an Schiedsgerichten zu spielen beginnt: internationale Verträge statt Panzerkreuzer . . . Die Frage ist noch nicht reif, ist noch kaum ausgesprochen — und ist doch die Schicksalsfrage der britischen Weltherrschaft.

Drei Fragen: Arbeitslosigkeit oder Reorganisation der kapitalistischen Wirtschaft zu Hause; Konferenz oder Diktat in den Kolonien; Panzerkreuzer oder Verträge in der Weltpolitik. Die Antworten werden für England entscheidend sein.

Amerika im Orient

Haifa, im November 1927.

Der Tag, an dem der Vertrag zwischen Abessinien und der Neuyorker Baufirma White Engineering Corporation über den Bau einer Talsperre am Blauen Nil abgeschlossen wurde, wird in der Geschichte der Vereinigten Staaten einmal eine wichtige Rolle spielen. Er wird das Datum sein, an dem der Union der erste erfolgreiche Einbruch in die Jagdgründe des europäischen Imperialismus geglückt ist. Neben seiner historischen Bedeutung hat er für den Augenblick große Wichtigkeit durch das Drum und Dran, mit dem der Abschluß des Vertrages erfolgt ist.

Vertrag läßt zunächst wieder einmal die Taktik des amerikanischen Kapitals erkennen, das geschickt die Gegensätze zwischen den Wünschen Englands und Italiens zu dem um seine Unabhängigkeit besorgten Abessinien benutzt hat. Die Vereinigten Staaten treten hier wie in China zunächst als die Freunde der Unterdrückten auf, und sie werden es so lange bleiben, bis die eigenen wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund treten werden. Außerdem zeigt die Entstehungsgeschichte des Abkommens alle Merkmale der Expansionsmethoden Uncle Sams. Ein Privatunternehmen schließt zunächst mit einem Staat einen privaten Vertrag, aber in dem Augenblick, in dem von irgendeiner Seite politische Komplikationen eintreten, zeigt sich, daß die Macht der Vereinigten Staaten auf Gedeih und Verderb hinter ihren Bürgern steht. Die unangenehmen Folgen dieses Systems werden die in Afrika und Asien interessierten Mächte in Zukunft noch oft genug zu spüren bekommen.

Vom Standpunkt geopolitischer Taktik gibt es kaum einen besseren Ansatzpunkt für die amerikanische Aktivität als das Gebiet des Blauen Nils. Sowohl die Wirtschaft Aegyptens wie die des Sudan wird immer mehr von dem Bewässerungssystem des Blauen Nil und des in seinem Stromgebiet liegenden Tsana-See abhängig. Die vom Nil gespeisten Länder werden von den Besitzern der Staudämme des Blauen Nil ökonomisch beherrscht werden und damit auch allmählich ganz unter ihren politischen Einfluß gelangen. Es ist charakteristisch für den Unterschied zwischen englischer und amerikanischer Kolonialmethode, daß England um den Besitz des Tsanasees seit fast einem Vierteljahrhundert mit allen diplomatischen Finessen kämpft, während die Kolonialpioniere Nordamerikas einen ihnen interessant erscheinenden Platz mit Hilfe eines Pachtvertrages okkupieren, obwohl sie vor einigen Wochen kaum gewußt haben, ob der Blaue Nil auf dem Monde oder am Nordpol liegt. Gegen diese robuste Naivität amerikanischen Wesens werden die Engländer nicht mehr aufkommen können. Sie werden sowohl in dem abessinischen Fall wie bei Differenzen ähnlicher Art den Kürzeren ziehen. Anlässe hierzu werden genug vorhanden sein, denn das amerikanische Kapital drängt immer stärker nach den Ländern des Mittleren Orients.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in Syrien und Palästina. Die amerikanische Universität in Beirut gilt für das wichtigste Zentrum antifranzösischer Propaganda. Die zahlreichen in Amerika lebenden Syrier haben eben erst eine Partei für die Unabhängigkeit Syriens gegründet. Amerikanisches Geld hat im letzten syrischen Aufstand eine bedeutende Rolle gespielt, eine Reihe amerikanischer Amateurpolitiker haben auch hier den Boden gut für eine amerikanische Propaganda vorbereitet. Auch Palästina entwickelt sich mehr und mehr zu einer Domäne amerikanischer Interessen. Bei den Versuchen, Palästina mit amerikanisch-jüdischem Kapital privatwirtschaftlich zu erschließen, muß auch das Heilige Land über kurz oder lang zum Betätigungsfeld amerikanischer Politik werden. Persien wird ebenfalls bereits seit Jahren von amerikanischen Finanzsachverständigen nicht nur reorganisiert, sondern auch politisch beherrscht. Amerikanische Politiker vertreten Persien beim Völkerbund und eine große Anleihe zum Ausbau der persischen Eisenbahnen wird das Reich der aufgehenden Sonne sehr bald ganz vor den Wagen von Wallstreet spannen.

In der Petroleumindustrie von Mossul sitzt eine amerikanische Minorität, die dauernd gegen die Bevormundung der englischen Konkurrenz rebelliert, und in der Türkei besitzt das amerikanische Kapital in der sogenannten Chester-Konzession den allerbesten Vorwand für ein Eingreifen bei passender Gelegenheit. Diese Konzession gibt ihren Inhabern das Recht, in der Türkei Eisenbahnen von insgesamt 2714 Meilen zu bauen und auf Ausnützung der Mineralvorkommen in einer Ausdehnung von 20 Kilometern rechts und links der Bahn. Das Abkommen ist noch im Jahre 1923 bestätigt und erweitert worden. Vor zwei Monaten hat die türkische Regierung Miene gemacht, sich dieser lästigen Fessel in der Hoffnung zu entledigen, daß die Anglo-Persian-Oil-Company ihr sekundieren wird. Dieser Versuch ist aber im Sande verlaufen, da die englische Petroleumgesellschaft einen merkwürdig schnellen Rückzug angetreten hat, in dem — wie es heißt — das an der Chester-Konzession interessierte amerikanische Kapital die Führung hat.

Der Einfluß Amerikas im Orient wird auch in die Beziehungen zwischen Europa und dem Orient grundlegende Veränderungen bringen. Der amerikanische Kolonialkapitalismus, dessen Methoden in den von ihnen beherrschten Gebieten zur Genüge bekannt sind, wird den Gegensatz zwischen weißen und farbigen Völkern wahrscheinlich noch mehr verschärfen. Er wird aber auch durch die in schnellem Tempo sich vollziehende kapitalistische Erschließung der Länder des Orients dort sehr bald ein industrielles Proletariat schaffen, das für den Aufbau seiner Organisationen noch stärker als bisher die Erfahrungen seiner europäischen Klassengenossen wird in Anspruch nehmen müssen. Auf alle Fälle werden der internationalen Arbeiterbewegung aus einer Amerikanisierung des Orients neue Probleme sozialer, politischer und gewerkschaftlicher Art erwachsen, mit denen sie sich heute schon vertraut machen muß, um für die großen Auseinandersetzungen gerüstet zu sein, die sich aus dem Ringen um den letzten noch nicht völlig von der kapitalistischen Entwicklung durchsetzten Teil der Erde ergeben werden.

Eine Schmugglerjagd vor Helsingfors

Reportage in finnischen Gewässern. — Auf der Wacht. — Eine wilde Jagd.

Der Minister spricht.

Finnland hat Alkoholverbot. Wie wirkt es? Um genaue Angaben zu erhalten, ging ich ins Sozialministerium von Helsingfors. Kanzleirat Laggia, ein liebenswürdiger, älterer Herr, empfing mich, gab Auskunft, schlug aber schließlich vor: „Ist es nicht am besten, Sie sprechen gleich mit dem Minister?“

„Wenn es möglich ist, gern.“

Telephonruf.

Nach einer Viertelstunde war ich bei Dr. Helo, wie alle Gebildeten dieses Landes spricht er fließend deutsch.

„Wieviel wird ungefähr beschlagnahmt und welche Strafen werden verhängt?“

„600 000 Liter Sprit war die Beute von 1926, 300 000 die von 1925. Ungefähr 20 Prozent der Alkoholmenge, die einzuschmuggeln versucht wird, verfällt der Beschlagnahme, obschon es schwierig ist, hier genaue Zahlenangaben zu machen: die Schmuggler liefern uns keine Statistiken. Bestraft wird im allgemeinen mit Geld, im Wiederholungsfalle mit Gefängnis bis zu vier Jahren.“

„Besteht die Wahrscheinlichkeit der Aufhebung des Gesetzes?“

„Nein.“

„Wäre es, um einen Einblick in die Praxis der Schmugglerverfolgung zu gewinnen, nicht möglich, mit einem Ihrer Schiffe des Küstenschutzes einige Patrouillenfahrten mitzumachen?“

„Bisher ist ausländischen Journalisten diese Erlaubnis wohl noch nicht erteilt worden. Aber schließlich . . .“

Die Technik des Schmuggels.

Am späten Nachmittag verläßt die „Nordvakten“ auf ungefähr eine Woche den herrlichen Hafen von Helsingfors. Die „Nordvakten“ ist ein zwar fünfzig Jahre alter Dampfer, aber auch wohl schon so fünfzigmal erneuert worden, so ein Staatsschiff mit hübschen Kabinen und Salons, mit allen Bequemlichkeiten moderner Zivilisation ausgestattet, vielleicht macht der Präsident der Finnischen Republik auf diesem Zollschiff seine Erholungsreisen. An Bord sind drei Motorboote, ein Kapitän, vierzehn Mann Besatzung, zwei Haushälterinnen und ein deutscher Journalist.

Es wird Abend, langsam stampft der Motor, das Schiff bahnt sich zwischen den Lichtern der zahllosen Schären den gischtigen Weg, kleiner werden und blasser am Ufer die russischen Türme von Helsingfors. Nicht beim Grog, wie es auf der Nordsee wäre, sondern beim Kaffee erfährt man jetzt dies und jenes aus dem betriebsamen Leben der Schmuggler.

Lohn eigentlich das Geschäft im Verhältnis zum Risiko, das es mit sich bringt.

Es lohnt. Das Quantum Sprit, das ein Schmuggelschiff, ein gewöhnlicher Frachtdampfer meistens, an Bord hat, ist beträchtlich: im Durchschnitt 60 000 Liter in 6000 Kannen, die natürlich nicht auf einmal gelöscht werden können. Es handelt sich häufig um finnische Dampfer, die sich wo anders, etwa in Estland, einregistrieren ließen. Diese Schiffe fahren nur bis zur Zwölfmeilengrenze, bleiben also auf interterritorialem Gebiet, hissen, wenn es nötig ist, natürlich auch eine Handelsflagge und gern eine falsche; einmal bekamen die erstaunten Zollbeamten die österreichische zu sehen . . .

Die Wacht auf den Schären.

Unser Packardmotor, der mit seinen beiden Kollegen gegen zehn Uhr abends das Mutterschiff verlassen hat, liegt irgendwo ruhig auf dem Wasser; man kennt genau den von Tiefe und Untiefe bestimmten Weg, den die anderen nehmen müssen.

Nimmt ihn keiner heute? Vom Feuerschiff Aerausgrund empfing doch der Telegraphist die Radiomeldung an Bord, daß draußen, außerhalb der Zwölfmeilengrenze, zwei Spritdampfer liegen?

Totenstille.

Fischerboote irritieren.

Nach zwei Stunden surrt verdächtig ein Motor, wird lauter, bricht plötzlich wieder ab, ist wohl wieder hinter einer Insel verschwunden und somit unauffindbar.

Unser Motor brummt an, hat auch Anlaß, brummig zu sein, bringt uns nach einer Schäre. Wir steigen aus, nach oben —

die Radiomeldung bestätigt sich: **auf See liegen zwei Schmuggeldampfer** und verstauen ihre Ladung in die Boote, von denen hin und wieder eins von großen Oellampen flüchtig erhellt wird. Nur stürmische Nächte machen die Uebernahme von Sprit unmöglich.

Wir liegen auf hartem Stein, frieren, sehen nur das „feindliche“ Licht, wissen aber nicht den Moment des gegnerischen Vorstoßes.

Wir horchen. Wir horchen lange. Wir horchen lange umsonst.

Aber nach einer Stunde knatterts irgendwo auf. .

Wo? Man ahnt die Richtung.

Ein leiser Pfiff ruft alle zusammen. Läßt alle ins Boot springen.

Der Vogel schießt ab, lichtlos wie immer, krachend wie immer; Spritzer rechts und links, Sprudel am Heck.

Stop! Neues Horchen. Weiterfahrt. Geringer Richtungswechsel.

Stop! Wo?

Kien Motorgeknatter mehr. Aber ein Plumpsen. Als ob ein schwerer Gegenstand ins Wasser geworfen wurde. Der Plump wiederholt sich.

Die Schmuggler fühlen sich entdeckt, mit ihrem schwächeren Motor verloren, machen höchstens zwanzig Knoten, wir dreißig — schnell werfen sie die Spritkannen ins Meer.

Stop — oder ich schieße!

Geschwindigkeit ist alles. Sind wir zu spät da, streiten die Schmuggler den Spritwurf ab, merken sich die Stelle durch Bojen an, die zugeseift oder zusammengeleimt erst nach zwölf Stunden in die Höhe steigen, holen sich die Kannen später wieder heraus, unsere Leute sind um den Erfolg ihrer Arbeit gekommen, um die Prämie . . .

Geschwindigkeit ist alles. Ab saust brüllend unser Boot mit seinen dreißig Knoten. Der Kapitän steht am Steuerrad, die anderen in Spannung haben auch keine Ruhe zum Sitzen, und wie endlich der volle Lichtkegel unseres jetzt eingeschalteten Scheinwerfers das Schmuggelboot trifft, springt fast kolportagehaft, dieses Bild aus der Nacht: Drei Männer fühlen sich geblendet, im Sekundenblitz fahren drei rechte Arme vor drei Augenpaare. Die uns dann, halb wütend, halb ängstlich ansehen.

Wir versuchen längsseits zu kommen. Fredrechson steht schon am Heck, um hinüberzuspringen, da macht der Gegner einen letzten, natürlich ganz aussichtslosen Fluchtversuch.

„Stop — oder ich schieße!“ ruft unser Kapitän, zieht den Browning aus der Tasche und gibt drei Warnungsschüsse ab.

„Scharf schießen dürfen Sie ja gar nicht,“ schreien die anderen. Und haben recht.

Stoppen aber doch.

Die Boote kommen nebeneinander zu liegen, wir werfen eine primitive Boje ins Meer, Stein, Seil, Blechbüchse, haben also einen Anhalt für die Stelle des versenkten Sprits, nicht eine Kanne mehr ist im Schmuggelboot, und überhaupt: „Wir haben keinen Sprit ins Meer geworfen.“ Natürlich nicht.

Aufglimmen von Zigaretten. Feststellung der Namen. In schwedischer Sprache. Denn die drei jungen Sünder, vierundzwanzigjährige Burschen, sind Schwedofinnen aus einem der kleinen Schärendörfer hier, das dem Zolldampfer sonst Butter, Milch und Eier liefert. Nach fünf Minuten ist das Verhör beendet. Das Schmuggelboot wird verankert. Erich Gottgetreu.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 **Breslau Welle 322,6.**

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Sonnabend, den 26. November 1927: 15.45—16.30: Neue Musikbücher. — 16.30—17.30: Unterhaltungskonzert. — 17.30: Walther Schimmel-Falkenau: „Die Filme der Woche“. — 17.50: Stunde mit Büchern. — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19—19.30: Uebertragung aus Gleiwitz: August Scholtis. — 19.30—20: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 20.15—20.30: Uebertragung aus dem großen Konzerthaussaal: 3. Schlesisches Funkfest. — Tanzmusik der Funkkapelle.

Warschau — Welle 1111.

Sonnabend. 12: Wie vor. 12.20: Schallplattenkonzert. 15: Berichte. 16: Vorträge. 17.45: Jugendstunde. 19: Berichte. 19.35: Radiotechnische Plauderei. 20.30: Leichte Musik. 22: Tägliche Berichte. 22.30: Tanzmusik.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Sonnabend. 11: Vormittagsmusik. 16: Nachmittagskonzert. 17.50: Das jüngste Wiener Erdbeben und seine geologischen Ursachen. 18.20: Wilhelm Hauff-Abend. 19.45: Die Liebesschaukel. Jazzband.

Rom — Welle 450.

Sonnabend. 17.30: Konzert. 20: Unterricht in Deutsch. 20.40: Vortrag in Englisch. Darauf: Uebertragung aus einem Theater. In Pausen: Rezitationen. Letzte Mitteilungen.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Katowice. Am Sonntag, den 27. 11. 1927, findet im Parteibureau des Hotel Central um 10 Uhr eine gemeinsame Sitzung der Wirtschaftskommission und des Vorstandes der Ortsgruppe Katowice statt, zu der sämtliche Delegierte aller Kulturorganisationen eingeladen werden.

Katowice. Am Dienstag, den 29. 11. 1927, spricht im Hotel Central, abends 7½ Uhr, Genosse Karg über Radio. Da der Vortrag ein höchst aktuelles Interesse hat, so ist zahlreiches Erscheinen Pflicht.

Kattowitz. Der Esperantokurs beginnt Montag, den 28. d. Mts., abends 8 Uhr, im Saale des Zentralhotels. Die Teilnehmer wollen pünktlich erscheinen und die Mitgliedskarte eines Kulturvereins, ein Stück Papier für Notizen und einen Bleistift mitbringen. Erwerbslose mögen außerdem noch ihre Erwerbslosenkarte bei sich haben, da nur gegen Vorzeigung dieser der Erlaß der Kursusgebühren erfolgt. Die Kursusgebühr beträgt für Mitglieder eines Kulturvereins 3,50 Zloty, für andere in unserer Bewegung Stehende 5 Zloty. Das Lehrbuch kostet 1,50 Zloty.

Zalenze. Freitag, den 25. Nvember, abends 7 Uhr, spricht im Golczykschen Lokale Dr. Bloch über „Geschichte der Ehe“. Erwünscht ist es, daß die Genossinnen besonders zahlreich erscheinen. Für Mitglieder ist der Eintritt frei, Nichtmitglieder zahlen 30 Groschen.

Versammlungskalender

Kattowitz. Arbeiter-Schachverein. Sonntag, den 27. November, nachmittags 3 Uhr, gibt der Wojewodschaftsmeister Soika eine Simultanvorstellung. Gespielt wird an mindestens 20 Brettern in unserem Vereinslokal im Zentral-Hotel. Gäste und Schachfreunde stets willkommen.

Siemianowitz. Ortsausschußsitzung. Am Sonntag, den 27. d. Mts., vormittags 9½ Uhr, findet bei Herrn Kozdon eine Sitzung des Ortsausschusses statt, zu welcher auch sämtliche Vorstände der freien Gewerkschaften eingeladen werden. Referent zur Stelle. Der wichtigen Tagesordnung und weiterer Beschlüsse wegen bitten wir, daß sämtliche Delegierte und Vorstandsmitglieder bestimmt erscheinen.

Siemianowitz. Stiftungsfest der Arbeiterjugend. Am Sonntag, den 27. November, findet das erste Stiftungsfest der Arbeiterjugend, Ortsgruppe Siemianowice, abends um 6 Uhr, verbunden mit Theater, Volkstänzen und verschiedenen Aufführungen statt. Die Freien Gewerkschaften werden gebeten, sich recht zahlreich an dem Feste zu beteiligen, um die Jugendgruppe zu stärken. Eintritt: Sitzplatz 1 Zloty, Stehplatz 50 Groschen. Das Stiftungsfest findet im Generlichschen Saale statt.

Königshütte. Freie Bildungsgemeinschaft. Sonnabend, den 26. November, abends 8 Uhr, findet die Sitzung der Freien Bildungsgemeinschaft statt, zu welcher Genosse Kowoll als Referent erscheint. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Königshütte. Kriegsbeschädigte. Am Freitag, den 25. November, abends 7 Uhr, findet die fällige Monatsversammlung im Dom Ludowy, Kronprinzenstraße, statt. Ohne Ausweis kein Zutritt.

Vermischte Nachrichten

Ein Drama im Leuchtturm.

Unweit der Hauptstadt der französischen Kolonie Mauretanien (Nordwestafrika), Port Etienne, spielte sich dieser Tage im Leuchtturm des Cap Blanco ein furchtbares Drama ab. Zwei eingeborene Mauren drangen abends um 10 Uhr in den Leuchtturm und bemächtigten sich der Waffen, die dort lagerten. Dann überfielen und töteten sie den Militärposten und schossen den in der Nähe weilenden Wärter, der auf den Schuß herbeieilte, nieder. Der zweite Wächter des Leuchtturmes, der oben den Scheinwerfer bediente, wurde gleichfalls getötet, als er herunterkam. Daraufhin ergriffen die Mörder die Flucht auf einem Kamel. Die Frau eines der ermordeten Wächter verständigte die französische Polizei. Diese fahndete mit Hilfe von Militärflugzeugen nach den Tätern, ohne sie bisher zu finden. Sie hatten es anscheinend auf die Löhnung abgesehen, die einem der Wächter am Tage vorher ausbezahlt worden war.

Neue Kanalpläne in Rußland.

Alte Pläne, die schon zur Zarenzeit aufgestellt worden sind, scheinen nun unter der Herrschaft der Sowjets der Ausführung entgegenzugehen. Durch einen Kanal von 60 Kilometer Länge wird die unter Wolga bei Sarepto mit dem Don verbunden. Dadurch ist die Schiffahrt zwischen dem Schwarzen Meer und dem Kaspischen Meer möglich. Allerdings ist der Golf von Taganrog, in den der Don mündet, wenig mehr als 4 Meter tief und er müßte, um die Seeschiffahrt von Rostow abwärts zu ermöglichen, längs einer Rinne ausgebaggert werden. Die Baukommission unter der Leitung von Professor Aksamitni beabsichtigt, einen Kanal zu bauen, der dieses Untiefen umgeht (statt zu baggern). Ferner ist bei der Einmündung des Kanals in den Don eine Schleuse nötig, da das Wolgagebiet dort schon 11 Meter unter dem Spiegel des Schwarzen Meeres liegt. An jener Stelle, bei Chutor Kumowski, wird ein Kraftwerk angelegt, durch das ein Teil des Donwassers zur Wolga geleitet wird.

Berliner Verkehrs-Unfälle.

Aus der neuesten Verkehrsstatistik der Berliner Polizei ergibt sich, daß die Verkehrsunfälle in Berlin im 3. Vierteljahr dieses Jahres wiederum gestiegen sind. Es waren 6339 Fälle zu verzeichnen. Das sind pro Tag 68,9 gegen 57,8 in den drei vorhergehenden Monaten. Verletzt wurden dabei 1965 männliche und 841 weibliche Personen. Getötet wurden 29 Männer und vier Frauen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr oap., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Werbet ständig neue Leser für unsere Zeitung!